

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis für den Abonnenten...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite...

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Freitag, den 8. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Kapitulation der Orsovagruppe.

Russisch-rumänischer Rückzug.

In Rumänien feindlicher Rückzug auf der ganzen Front. — Campina genommen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 7. Dezember 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Seeresgruppe Kronprinz.

Auf dem Westufer der Maas brachen nach Fein- vordereitungen Abteilungen des Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 15 an der aus den Sommerkämpfen bekannten Höhe 304 südöstlich von Malancourt in die französischen Gräben ein und nahmen die Spitze der Höhe in Besitz.

Von einem Vorstoß in die feindlichen Linien am „Toten Mann“ brachten Stabstruppen elf Gefangene ein.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich von Lutz drangen an der Luga deutsche und österreichisch-ungarische Abteilungen in eine russische Feldwachstellung. Die Besatzung von 40 Mann wurde gefangen.

Auch westlich von Zolozce und Tarnopol konnten unsere Patrouillen 90 bzw. 20 Gefangene aus genommenen Teilen der russischen Linien bei Rückkehr abgeben.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

In den Waldkarpathen und Grenzbergen der Moldau zeitweilig aufschwellendes Artilleriefeuer und Vorkampfe, aus denen sich nördlich von Dorna Watra und im Trotusul-Tal russische Angriffe entwickelten, die abgewiesen worden sind.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Wichtige Erfolge krönten gestern die Mähen und Kämpfe, in denen unter Generalfeldmarschall von Mackensen die Truppen der zielbewußt geführten neunten und Donau-Armee den rumänischen Gegner und die herangeholten russischen Verstärkungen in schnellen Schlägen zu Boden geworfen haben.

Führer und Truppen erhielten den Siegerlohn: Bukarest, die Hauptstadt des zurzeit letzten Opfers der Entente-Politik, Floesti, Campina und Sinaia in unseren Besitz, der geschlagene Feind auf der ganzen Front ostwärts im Rückzuge!

Kampfesmut und zäher Siegeswille ließ die vorwärtstürmende Truppe die immer von neuem geforderten Anstrengungen überwinden.

Neben den deutschen Hauptkräften haben die tapferen österreichisch-ungarischen, bulgarischen und osmanischen Truppen Glanzendes geleistet.

Die neunte Armee meldet von gestern 106 Offiziere, 9100 Mann gefangen!

Die Operationen und Kämpfe gehen weiter.

Mazedonische Front.

Bei Trnava östlich der Cerna warfen das bewährte mazedonische Infanterie-Regiment Nr. 146 und bulgarische Kompagnien die Serben aus der Stellung, in der sich diese vorgestern eingenistet hatten. Sechs Offiziere und 50 Mann wurden gefangen genommen.

In der Struma-Niederung Anteten im bulgarischen Abwehrfeuer englische Abteilungen zurück, die sich den Stellungen südwestlich und südöstlich von Seres zu nähern verucht.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 7. Dezember, abends. (W. Z. B.)

Im Westen und Osten keine besonderen Ereignisse. Außer dem Verlust der Festung Bukarest und ihrer wichtigsten Handelsstädte kostete der 6. Dezember den Rumänen noch eine Division, die, am Alt gestellt, mit 8000 Mann und 26 Geschützen zur Kapitulation gezwungen wurde.

Serbische Nachtangriffe bei Trnava östlich der Cerna sind gescheitert.

Der österreichische Bericht.

Wien, 7. Dezember 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die in der walachischen Ebene vordringenden verbündeten Streitkräfte haben gestern Bukarest und Floesti in Besitz genommen. Österreichisch-ungarische Truppen gewannen Campina und verfolgten von Sinaia südwärts. Die verbündeten Streitkräfte des Generals v. Falkenhayn brachten gestern einhundertsechs rumänische Offiziere und neuntausendeinhundert Mann ein. In den Karpathen ließ der russische Druck beträchtlich nach. Nur nördlich des Trotus-Tales und bei Dorna Watra kam es zu schwächeren russischen Vorstößen, die glatt abgeschlagen wurden. Bei der Armee des Generalobersten von Terstzyhandzly drangen wieder Landwehr und deutsche Abteilungen, die russische Feldwachstellung durchbrechend, bis in die feindliche Hauptstellung vor und lehrten nach Abwehr von fünf russischen Gegenstößen mit vierzig Gefangenen und einer Beute von drei Maschinengewehren und einem Minenwerfer zurück. Durch die Erfolge in Rumänien ist der 6. Dezember sinnfällig zu einem Tage der Vergeltung für schmachvollsten Verrat geworden. Ein glänzender Siegeszug hat die Verbündeten in das Herz Rumäniens geführt. Die vierte feindliche Hauptstadt ist seit Ausbruch des Weltkrieges bezwungen. Mit Stolz darf Österreich-Ungarns Wehrmacht auf jene Truppen blicken, die — mit den deutschen, bulgarischen und osmanischen Streitkräften weitestgehend — an den Ruhmestaten gegen unseren jüngsten Feind Anteil haben; auf die rasch zusammengerafften Abteilungen, die zu Beginn des rumänischen Krieges in Siebenbürgen den ersten Stoß aufgingen, auf unsere Gebirgsbrigade, die in den transylvanischen Alpen den schwersten Aufgaben gerecht wurden, auf die Truppen, die an der Offensiv in der Walachei teilnahmen, aber auch auf die tapferen Verteidiger Ostsiebenbürgens und der Waldkarpathen, an deren Widerstand aller russischer Aufsturm gescheiterte, auf unsere bewährten Pioniere an der unteren Donau, die eine der größten kriegstechnischen Leistungen der Geschichte vollbrachten, auf unsere Artillerie und auf die Donauflottille, die sich auch jüngst — bei der Abwehr russischer Angriffe südlich von Bukarest — wieder hervorgetan hat. Ihnen allen gebührt unser Dank!

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Seefer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Eines unserer Seefluggeschwader belegte am 6. d. Mts. die Flugstation Bellina und die Shobba-Batterien trotz unsichtigen Wetters sehr erfolgreich mit Bomben. Drei Hangars wurden voll getroffen. Alle Flugzeuge sind trotz heftiger Abwehr unbeschädigt eingedrückt.

Flottenkommando.

Der Gläubiger-Staat Amerika.

Washington, 6. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In dem vom Schatzsekretär McAdoo dem Kongress vorgelegten Bericht heißt es: Der Wohlstand hat an Kraft und Ausdehnung der wirtschaftlichen Verhältnisse zugenommen und ist niemals gesunder gewesen. Amerika ist aus einem Schuldner- ein Gläubiger-Staat geworden. Der Goldbestand ist in 16 Monaten um 715 Millionen Dollar gewachsen. Der Bericht schätzt die Ausgaben für Heer und Flotte gemäß dem sogenannten Vereinfachungsprogramm für das nächste Steuerjahr auf 170 bzw. 197 Millionen Dollar.

Das Fazit langer Reden.

Ein landwirtschaftlich erfahrener Mitarbeiter schreibt uns: Die Herren Abgeordneten zum Landtage haben den aufwändigen Ehrgeiz gehabt, für den Gehalt ihrer öffentlichen Behandlung der Ernährungspolitik unsern dürftigen Tisch von heute zum Nasser zu nehmen. Die beiden „Berichtserstatter“ über die Ausschussverhandlungen haben entweder ihre Aufgabe schlecht gelöst, oder sie hatten sehr wenig zu berichten. Sowohl Herr Lippmann wie Herr Goesch beugten sich mit allgemeinen Bemerkungen, kritischen und auch unkritischen. Besonders auffällig ist das bei Herrn Goesch, der unzweifelhaft zu den besten Kennern des Faches gehört, wofür er sogar Ehrendoktor geworden ist. Ihm muß man sonst nachrühmen, daß er bemüht ist objektiv zu sein und Verständnis auch bei Gegnern zu finden, um Stadt und Land einander zu nähern. Doch auch er hat nicht einmal einen Versuch gemacht, ein klares Bild der Lage zu geben, sagen wir: eine Rechnung, eine Bilanz. Nichts dergleichen! Man muß zu dem harten Urteil gelangen, daß wir mit Redensarten abgefunden worden sind. — abgesehen kann man nicht gut sagen, denn dazu würden doch wenigstens einige Proben oder Proben gehören. Ermunternde Reden haben wenig Wert und Erfolg. Wenn wir auch entfernt nicht auf „Suppenlogik“ mit Knödelgründen, auf Argumente von Rinderbraten, begleitet mit Göttinger Würstchen, unsere Erwartung gespannt hatten, so enttäuschten uns doch „die Wortgepinde der abgelebten Redefähigkeit“. Man streut erheblich zu viel Wortfaaten aus, — nur der Acker, auf den man rechnet, ist dafür steril geworden. Unsere Sachlichkeit ist gewachsen, wir wollen Tatsachen erfahren, keine Redensarten hören, noch dazu nur solche, die wir bis zum Ueberdruß schon gehört haben!

Auch nicht neu, aber immerhin wichtig ist der von mehreren Rednern unterstrichene Ausblick in die Friedenszeit, — daß es nämlich dann nicht so bald wieder an die Fleischtöpfe Ägyptens gehen wird. Man kann sich selber wohl ausrechnen, daß aus: 1. Mangel an Weltvorräten, 2. Mangel an Schiffen, 3. Rücksicht auf den Auslandskurs unserer Mark und wegen 4. der Verringerung unserer eigenen Bestände, 5. der „Entkräftung“ des ungenügend bearbeiteten und gedüngten Acker Jahre vergehen werden, bis unsere Ernährung wieder normal sein wird, — an die Friedenspreise ist bei mehreren landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Butter z. B.) überhaupt nicht wieder, bei anderen erst nach Jahren zu denken. Kaum dies hat man im Landtage auseinandergesetzt, während doch Herr Dekonomierat Goesch in den Fragen so bewandert ist, daß er uns mit guten Zahlen ein Bild der Zukunft hätte geben können und auch so! Denn wir haben alle keine Illusionen mehr nötig, um unsern Entschluß zur Ausdauer und zum Bewältigen der Entbehrungen bei Kräften zu erhalten. Wir sind alle vernünftig genug, um Tatsachen ins Gesicht sehen und das Unvermeidliche mit Würde tragen zu können. Wir wissen auch, daß eine deutsche Niederlage uns nicht nur die Butter ganz vom Brot nehmen würde, sondern das Brot selbst dazu. Diese Argumente der Tatsachen sind für uns sehr überzeugend.

Außer dem Blick in eine dürftige Zukunft nach dem Kriege ist uns — auch fast nur in allgemeinen Wendungen — gesagt worden, daß wir keine Verbesserung der Nationen zu erwarten haben, sondern daß sich die Schwierigkeiten noch vermehren werden, besonders nach Ostern. Zahlen hätten uns besser aufgeklärt und uns auch besser beeinflusst als so allgemeine Wendungen wie die von einer „schrecklichen Missernte“ in Kartoffeln mit dem Trost dazu, daß diese Frucht gestreckt wird, und daß wir nicht hungern oder gar verhungern werden. Klarheit ist besser als alle nur andeutenden Reden. Denn, wie gesagt, wir sind in der Verfassung, die man in den Worten ausdrücken kann: „was sein muß, muß sein!“ Man sollte uns aber sagen, was sein muß und warum.

Schweine sollen, wie Herr v. d. Osten sagte, „in absehbarer Zeit eine ganz außerordentliche Herabminderung erfahren“. Das ist begreiflich, natürlich. Denn auch bei ihnen tut die Menge nicht, sondern das Gewicht, und Schweine, die man nicht ordentlich mästen kann, sind schädliche Fresser. Anders aber will man mit dem Rindvieh verfahren: es soll durdgefüttert werden (mit dem sehr reichlich gewonnenen Raufutter), damit wir nicht nach dem Kriege ganz äbel daran sind. Schweine lassen sich in wenigen Monaten wieder züchten und mästen, wenn man nur genügend Sauen behält. Rindvieh bedarf mehrjähriger Aufzucht und vermehrt sich im ein Vielfaches langsamer als Dorfsteinvieh.

Die im „Vorwärts“ am Mittwoch (Beilage) mitgeteilte Anekdote des Gutsbesizers Zieles aus Ostpreußen, die Kälber zu schlachten, um die zu ihrer Aufzucht nötigen 500 bis 600 Millionen Liter Milch im Jahre zu sparen und daraus 40 Millionen Pfund Butter zu gewinnen, will die Zukunft (einen Zuchtjahrgang) preisgeben, um dem Mangel der Gegenwart abzuhelfen. Der Landtag hat sich für das Gegenteil entschieden, und alle Redner haben zur Begründung dieser Entscheidung auf die nach dem Kriege fortdauernden Schwierigkeiten des internationalen und nationalen Marktes hingewiesen. Der Kälbermord ist in der Tat sehr bedenklich und nur zu rechtfertigen, wenn es sein muß. Darüber aber hat uns die Landtagsverhandlung eben nicht aufgeklärt, ob es nicht doch sein muß!

Der andere Vorschlag des Herrn Zieles, minderwertige Kühe abzuschlachten, um die milchgiebigen besser zu füttern, ist bestechend. Ein Lecker noch sehr großer Teil unserer Rindviehbestände ist minderwertig, der Nationalwirtschaft wenig leistend, dem Einzelbetrieb Schaden eintragend. Es wäre ein Fortschritt von großer Bedeutung, wenn diese als Stammeltern fünfjähriger Herden ausgeschaltet würden. Wenn das geschähe, um den guten Rest mit Schrot zu füttern, würde die Milchproduktion nicht leiden, — die Kuh mildt durch den Hals, heißt es. Sie gibt nur reichlich und fettreiche Milch, wenn sie „Krautfutter“ bekommt. Der Vorschlag müßte ausgeführt werden, wenn wir für die knappen Jahre nach dem Kriege diese Stammeltern und ihre minderwertige Nachkommenschaft irgend entbehren können. Aber wir haben auch über solche Dinge durch den Landtag wenig oder nichts erfahren. Zahlen! Rechnen! Klärt uns auf! Die Schlachtungsziffern, die Herr Rippmann vortrug, sagen wenig. Ist das deutsche Grundsicht?

Nebenbei: Herr Goesch erklärte, es sei ein Aberglaube, daß der Großgrundbesitzer der wesentliche Kartoffelbauer sei; ungefähr die Hälfte der Ernte werde allein von den Betrieben zwischen 2 bis 20 Hektar (8—20 Morgen) geliefert. In seinem Buche „Die wirtschaftlichen Fragen der Zeit“ (Seite 49) sagt aber Herr Goesch: Der Krieg habe uns ganz andere Ansichten gelehrt — über die Bedeutung des Großgrundbesizers als Produzenten des in Zuschußgebieten benötigten Brotgetreides und der dort gleichfalls begehrten Kartoffel. Von einem Borrang des Kleingrundbesizers, den er in seinem Buche für die Viehzucht betont, lesen wir da nichts. Im Gegenteil, er empfiehlt auch wegen seiner Verdienste um unsere Kartoffelversorgung den Großgrundbesitzer, der (wenn man die Betriebe von 200 Hektar an dazu rechnet) bei der letzten Betriebsstatistik nur etwas mehr als ein Sechstel der Kartoffelanbaufläche aufwies. Die Großbetriebe liefern allerdings verhältnismäßig mehr als die Kleinbetriebe, die einen größeren Teil ihrer Ernte selbst verbrauchen. Aber unsere Hauptkartoffellieferanten sind eine Million Klein- und Mittelbauern mit je 5—20 Hektar Land, die beinahe den dritten Teil alles Kartoffellandes in Deutschland bebauen, nämlich rund 3,8 Millionen Morgen von 12,7 Millionen. Unsere Bauern überhaupt — rund 2 1/2 Millionen Betriebe — bestellen weit mehr als zwei Drittel des Kartoffellandes; in das letzte Drittel teilen sich Großbesitz und Zwergbesitz; auf jenen kommt davon etwas mehr als die Hälfte, also reichlich ein Sechstel des Ganzen.

Die Städte müssen mit diesen Bauern ihren Frieden machen, was nur durch wirtschaftliche Annäherung der Erzeuger und Verbraucher geschehen kann. Die Gemeindeverwaltungen und die Konsumvereine müssen diese Verbindung herstellen. Die Gemeinde-, Staats- und Reichswirtschaft im Kriege fördert sie leider kaum.

Die Einnahme von Bukarest.

Die Einnahme von Bukarest vollzog sich nach den Mitteilungen, die amtlich gegeben wurden, unter bemerkenswerten Umständen. Von rumänischer Seite wurde begriffen, daß eine Verteidigung unmöglich geworden war, und nun

suchte man nach einer Form der Aufgabe der Stadt, die dem Triumph des Siegers die Wirkung nach außen hin schmälern sollte. Die Uebergabe sollte keine Kapitulation nach großem Kampf werden; deshalb wurde zunächst erklärt, Bukarest sei gar keine Festung. Gleichwohl kam es zu einigem Widerstand. Er ist nicht erheblich gewesen. Aber das kann die Bedeutung der Einnahme dieser Hauptstadt natürlich nicht herabsetzen. Sie ist eine klar gestempelte Beiseinigung, daß der Stand der Dinge des Weltkriegs im Osten für die Gegner der Zentralmächte abermals durch ein glänzendes Fiasko bezeichnet wird. Die amtliche Meldung über die Einnahme von Bukarest lautet:

Am 5. Dezember, 10 Uhr 30 Minuten vormittags, wurde Hauptmann Lange als Parlamentär mit einem Schreiben des Generalfeldmarschalls von Radenski, das die Uebergabe der Festung forderte, an den Kommandanten von Bukarest entsandt. Ein weiteres Schreiben gab dem Kommandanten bekannt, daß das Feuer auf die Festung eröffnet werden würde, wenn der Parlamentär nicht binnen 24 Stunden zurückgekehrt sei.

Hauptmann Lange, der an der rumänischen Vorpostenlinie von einem General empfangen und mit verbundenen Augen im Kraftwagen nach Bukarest geführt wurde, ist am 6. Dezember früh vor Ablauf der gestellten Frist zurückgekehrt.

Die Annahme des Briefes des Generalfeldmarschalls von Radenski ist von dem Oberbefehlshaber der rumänischen Donauarmee verweigert worden unter der Begründung, daß Bukarest keine Festung, sondern offene Stadt wäre; es beständen weder armierte Forts, noch zu ihrer Verteidigung bestimmte Truppen, es gäbe weder einen Gouverneur noch einen Kommandanten.

Hauptmann Lange hat auf den Charakter von Bukarest als Festung hingewiesen und darauf, daß ein solches Ausweichen die deutschen Operationen nicht behindern werde.

Am Morgen des 6. Dezember setzten Teile des Kavalleriekorps Schmettow sich in Besitz eines Forts auf der Nordfront, Teile des 54. Armeekorps drängten nach und nahmen die Fortslinie von Chiajua (Westfront) bis Obaile (Nordfront). Der Gegner leistete mit Infanterie Widerstand, der schnell gebrochen wurde.

Von der Südfront her drangen Teile der Donauarmee durch den Fortsgürtel in die Stadt; sie fanden keine Gegenwehr.

Die in Bukarest einrückenden Truppen wurden begeistert empfangen und mit Blumen geschmückt.

Generalfeldmarschall von Radenski begab sich im Kraftwagen vor das königliche Schloß, wo er mit Blumensträußen begrüßt wurde.

Das Aufgeben der Festung Bukarest stellt nicht nur einen strategischen Erfolg des Jangenangriffs auf Rumänien dar, sondern ist eine Nachwirkung des mächtigen Beweises, den in den letzten zwei Jahren die deutsche Kriegskunst in bezug auf die sehr veränderte Bedeutung der Festungen im modernsten Kriegbringen geführt hat. Das bestätigt eine militärische Betrachtung des „Temps“. Das französische Blatt schrieb vorgefesselt, ehe noch der Fall Bukarests geschehen war:

Die Rumänen haben mit Recht die eventuelle Aufgabe der Hauptstadt ins Auge gefaßt. Ein Verteidigungsversuch würde nur damit endigen, daß in Bukarest Truppen gefangen genommen würden. Man hat in Düttich, Namur und Antwerpen gesehen, was die Festungen Belalmonis wert sind. Man braucht kein großer Strategie zu sein, um zu begreifen, daß die rumänische Armee, wenn sie die in Litu angekommenen Deutschen nicht aufhalten kann, nur einen Entschluß zu fassen hat, nämlich, sich auf die russische Armee zurückzuziehen und an diese anzuschließen, um mit ihrer Hilfe den Feldzug fortzusetzen.

Der russische Heeresbericht vom 6. Dezember meldet: Rumänische Front: An der siebenbürgischen Grenze dauern die Kämpfe in den Tälern der Flüsse Trosus, Sulta, Tschubruisch, Ilsa und Raib Dostich an. In der Balasche dauern die Angriffe des Feindes fort. Der Feind hatte Erfolge bei Karbitre und Ploest, ebenso in der Gegend von Bolaneschi, an der Eisenbahn von Litu nach Bukarest, wo die Rumänen infolge Durchbrechung ihrer Front gezwungen waren, sich zurückzuziehen. In anderen Abschnitten wurden die Angriffe abgewiesen.

von dem stellenweisen Ausbruch der Cholera in feindlichen Quartieren gab zu vorbeugenden Maßnahmen Anlaß. Deutsche Unterseeboote hielten sich bereit, unsere rechte Flanke von See aus zu decken.

In mehrmaligen, weit ausgedehnten, schon in Friedenszeiten mit allen Befestigungsmitteln ausgebauten Stellungen stand ein an Zahl erheblicher Feind gegenüber. Auf einer Front von etwa 70 Kilometern waren vier voll ausgefüllte rumänische, zwei russische, eine serbische Division, ferner eine russische Kavalleriedivision und eine rumänische Kavalleriebrigade teils vorne, teils in Reserve in gefechtsbereiter Verteidigung. Eine weitere russische Schützendivision und ein weiteres russisches Armeekorps trafen kurz vor dem Durchbruchtag im Kampfgebiet ein. Ernst, harte Tage standen bevor. Aber mit fester Zuversicht legten die verbündeten Truppen ihr Schicksal in die Hände ihres begeistert verehrten, flegelwichtigen Führers. In der Anlage und genauesten Vorbereitung war alles Erdenkliche geschehen. So konnte auch die Führung mit gutem Mute hoffen, daß die Durchführung der Befehle den Erfolg erzwingen würde.

Am Morgen des 19. Oktober wirbelten im klaren Herbstlicht auf der ganzen Front die schweren Eisenschlägel zum Sturm. Der Feind war zunächst aus seinen teilweise erst in letzter Zeit mit Draht umspinnenen Vorstellungen zu werfen. Der Angriffsbefehl forderte den Vormarsch auf der ganzen Linie. Von einer kleinen Anhöhe, die einen weiten Ueberblick über die Ebene gewährte, leitete Generalfeldmarschall v. Radenski mit seinem Generalfeldmarschall, General Tappen, die Kampfhandlung. Auf dem rechten Flügel führte die bulgarische Kavallerie, die sich schon auf dem Vormarsch bewundernswert geschlagen hatte, ihre Aufgabe schneidig durch. Auch auf der übrigen bulgarischen Front arbeitete sich die Infanterie todesmutig an die feindlichen Gräben heran. Der bulgarische Kronprinz wollte unter seinen Soldaten, ein Vorbild hingebender Pflichterfüllung. Die türkischen Divisionen, denen Russen gegenüberstanden, gingen in guter Ordnung, wie auf dem Erzzerplatz, vor. Sie stürmten noch am ersten Tage die feindlichen Stellungen, machten 1500 Gefangene und erbeuteten zwei Geschütze sowie mehrere Maschinengewehre.

Die schwerste Aufgabe fiel einer deutschen Division zu, die gegen Topraisar angelegt war. Die rumänischen Stellungen waren vor dem Dorfe teilweise tief eingementert, wie ein Spinnennetz ausgebreitet und mit starken Kräften besetzt. Das konzentrische schwere Artilleriefeuer, das auf den Gräben und Zugangswegen lag, konnte naturgemäß nur gegen einen Teil der weitverzweigten Anlagen wirken. Der Infanterieangriff hatte vor der feindlichen Stellung kilometerweit flachen, steppenartigen Boden zu überwinden. Es war somit dem Teil der feindlichen Verteidigungswerke, der von unserer Artillerie nicht gefaßt war, ein leichtes, sich der ungedeckt nähernden Schützen zu erwehren. Zweieinhalb Tage hat ein pommerisches Reserveregiment hier dem Feuerhagel des verhängnisvollen Gegners getrotzt und ihm mit jäster Verbissigkeit im schrittweisen Vordringen die Vorstellung und dann die Hauptbefestigungen entziffert. Der ge-

Der bulgarische Kriegsbericht.

Die Schlacht am unteren Argesul.

Sofia, 6. Dezember. Generalstabsbericht vom 6. Dezember.

Rumänische Front: In der Dobrußda beiderseits zeitweiliges Artilleriefeuer. An der Donau bei Tutrafan, Oltina, Raßova und Cernaboga Artilleriefeuer. In der Balasche brachten unsere Truppen am Unterlauf des Argesul verzweifelte Versuche der Russen und Rumänen, einen Gegenangriff gegen uns zu unternehmen, durch machtvollen Vorstoß zum Scheitern. Besonders heftig waren die Gegenangriffe der Russen auf der Linie Balastoca—Ogeni. Sie wurden mit schweren Verlusten für den Feind zurückgeschlagen. Zahlreiche tote und verwundete Feinde blieben auf dem Schlachtfeld. Die Brücken über den Argesul sind vom Gegner vollständig zerstört. Unsere Truppen überschritten den Argesul auf einer Furt bei Copaceni-Staiban. Wir besetzten einen Brückenkopf. Unsere Truppen befinden sich schon sechs Kilometer von den Forts von Bukarest. In den Kämpfen an den Flüssen Neajlow und Argesul brachte die tapfere erste Division vom 28. November bis heute 18 Offiziere, 840 Mann, zwei schwere Geschütze, sechs Haubitzen, 26 Feldgeschütze und sieben Kanonen kleinen Kalibers, 31 Munitionswagen, 8 Maschinengewehre, Gewehre, Granaten und anderes Kriegsmaterial ein. In dem Dorf Dohlyg wurden zehn Flugzeuge und sieben Panzerfahrzeuge gefunden.

Mazedonische Front: Im Cernabogen zeitweiliges Artilleriefeuer. Durch Gegenangriff warfen wir feindliche Infanterie zurück, die sich unseren Stellungen östlich der Cerna bei Gradenska genähert hatte. Auf beiden Seiten des Bardar lebhaftes Feuer der feindlichen Artillerie, besonders gegen die deutschen Stellungen südlich von Bogorodiza. An der Front der Belasiza Ruhe; an der Siruma Artillerietätigkeit. Wir greifen ein Bataillon, das auf dem Nordufer des Tahnos-Sees vorgedrungen war, zurück.

Die englische Krise.

Lloyd George mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Auf den Rat Bonar Law's hat der König Lloyd George ersucht, die Regierung zu bilden. Lloyd George hat eingewilligt und wird sich bemühen, ein nationales Ministerium, ohne Rücksicht auf Parteiufergrenzen zu bilden. Der entscheidenden Besprechung wohnten Asquith, Lloyd George, Balfour, Bonar Law und der Arbeitsminister Henderson bei.

Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ aus London tritt „Manchester Guardian“ für Lloyd George ein, verteidigt sein Aufstreben und sagt, er habe mit dem, was er tat, nur seine Pflicht zu erfüllen geglaubt. Auch sonst glauben die Blätter, wie Reuters meldet, allgemein, daß Lloyd George die Bildung eines Kabinetts mit Hilfe der Liberalen, der Konservativen und der Arbeiterpartei gelingen werde. Man erwartet, daß er der Arbeiterpartei eine ausgiebigere Vertretung im Ministerium einräumen wird, und daß es Asquith und die wichtigsten der früheren liberalen Minister vorziehen werden, eine freundschaftliche Opposition zu bilden. „Daily Chronicle“ schreibt, das neue Kabinetts werde wahrscheinlich nur aus sechs Mitgliedern bestehen. Lloyd George lege großes Gewicht auf die Unterstützung der Arbeiterpartei. Er habe u. a. den Plan, alle Kohlenbergbauern unter Staatsaufsicht zu stellen. Vor allem strebe er eine energischere Weiterführung des Krieges an. „Daily News“ erfährt, daß Lloyd George der Arbeiterpartei drei oder noch mehr Sitze im Kabinetts einräumen werde, das im übrigen stark eingeschränkt werden soll.

Die Haltung der Gewerkschaftsverbände.

Amsterdam, 7. Dezember. (B. L. B.) In einer Versammlung der Parlamentskommission der Gewerkschaftsverbände, die am 5. Dezember abgehalten wurde, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Wir bedauern aufrichtig, daß gewissen Staatsmännern unter Leitung und Einfluß einer Preßbewegung in

Der Feldzug in der Dobrußda.

3.

Der Durchbruch.

Aus dem Hauptquartier des Generalfeldmarschalls v. Radenski erhalten wir folgende Zuschrift:

Der Flügelschlag des siegreichen Verfolgungskampfes ist wie alles Jüdische durch materielle Sorgen beschwert. Der Ungestüm der vordrängenden Menschen entfernt sich immer weiter von den Vorkamern, aus denen eine Armee täglich mit Nahrung und Eisen gespeist werden muß. Wenn der Nachschub dieses Betriebsstoffes unter den schwierigsten Verhältnissen leidet, wie sie auf dem Kriegsschauplatz hier in ungetrübtem Maße vorhanden sind, bleibt nichts übrig, als sich durch Sammellager den Rückhalt für neue Taten zu schaffen. Kein Wagnis ist zu groß, wenn sein Gelingen nur von der Fähigkeit der Truppe abhängt; es an Zufälligkeiten ausreichenden Nachschub zu setzen, wäre der Keim des Verhängnisses. Schon bei den Vormärschen in Galizien, Polen, Serbien hatte sich ein gewisser Rhythmus der Vordrängbewegung herausgebildet. Auf mehrtägige Angriffsgeschehen folgten Pausen, in denen das Reh der Nachfuhr in Ordnung gebracht, unterdessen die feindliche Stellung erkundet und die eigene Gruppierung ihr angepaßt wurde.

Erst die spätere Geschichtsschreibung wird ein getreues Bild der Nachschubschwierigkeiten zeichnen können, mit denen eine größere Armee in diesem unentwidelten Lande zu kämpfen hatte. Der vorübergehende Stillstand unseres Vormarsches hatte den hoffnungsbereiten Gegner zu dem großen Glauben verleitet, daß sich unsere Truppen nicht die Kraft zumachen, die besetzte Eisenbahnlinie Konstanza—Cernaboda in ihre Hand zu bekommen. Die Ententepresse vergaß rasch die soeben erlittene Niederlage und jubelte. Die rumänischen und russischen Divisionen hatten sich von ihrem Schrecken erholt und unternahmen mit Verstärkungen in ständig wiederholten Angriffen den Versuch, ihrerseits die Offensive wieder aufzunehmen. Sie wurden an allen Stellen unserer schnell besetzten Front mit schweren Verlusten immer wieder abgewiesen. Die Schwächung, die sie sich auf diese Weise selbst bereiteten, konnte unserer Führung nur erwünscht sein.

Die Vorbereitungen für den geplanten Durchbruch wurden in gewohnter Sorgfalt getroffen. Vor dem Stützpunkt Cobadinu wurden bewährte bulgarische Regimenter, gegenüber dem starken Bolwetz Topraisar eine neu eingetrossene deutsche Division zusammen mit der Brigade B. eingesetzt. Land- und Seeflieger überwachten in unermüdlichem Pflichteifer den feindlichen Aufmarsch, sie stürzten durch fast tägliche Bombenwürfe und Maschinengewehrfeuer den Truppen und Materiallieferungen über die Brücke bei Cernaboda, die Truppenausladungen im Hafen von Konstanza und griffen mit guten Erfolgen die Wälder und Munitionslager an. Die Nachricht

feierte Sturm bei St. Privat hat hier seine Auferstehung gefunden. Das Gelände war hier bei Topraisar freilich noch ungünstiger als dort, die Verteidigungskraft des Feindes durch die neuzeitliche Technik verstärkt. Nachts arbeiten sich die Kompanien an die Hindernisse heran. Sie versuchen, Sturmgeschossen in die Drahtverhaue zu schneiden. Der Gegner bemerkt die Annäherung und streut die Feuergraben über den Boden hin. Von den 24 Mann einer vorgeschobenen Offizierspatrouille bleiben drei Mann übrig. Es sind Stunden höchster Nervenanspannung. Der Tag bricht an. Die vordersten Schützen krallen sich regungslos in der schwarzen Erde fest. Das Feuer flutet über sie hinweg. Sie können nicht vorwärts, nicht rückwärts. An Munitionsnachschub und Nahrung ist nicht zu denken. Aber dem Feind steht ihre sprungbereite Nähe lähmend in den Gliedern.

Am dritten Vormittag wird das Dorf von den Nachbarregimenten im Osten umfaßt. Zwei Kompanien sind schon am östlichen Vorrand. Da bricht die feindliche Kavallerie zusammen. Erst laufen einzelne weg, dann kriechen ganze Gruppen aus den Gräben, schließlich reißt alles aus, was Beine hat. Nun springen die Pommeren auf, durchschneiden den Draht und nehmen die Verfolgung auf. Ein gestriegelter rumänischer Offizier in lackierter Kleidung wird von dem bedekten Tisch eines tiefgelegenen Unterstandes hervorgeholt. Die Gefangenen berichten von der verheerenden Wirkung unserer Granaten. In den Gräben laufen mit ihren Wägen Rumänen auf und ab, die den Verlust verloren haben.

Unsere Artillerie fährt vor. Dünne deutsche Schützenketten treiben den geschlagenen Feind vor sich her, der in etwa 20 Linien, dicht wie ein Ameisenhaufen, kopflos vor ihnen flüchtet. Artillerie und Bagage zwischen den Reihen. Seine Verluste sind in dem überfluteten Gelände überaus schwer. Was nicht mitkommt, wird im Stich gelassen. Wühlisch stößt das fliehende Heer. Am Horizont taucht russische Kavallerie auf. Sie haut auf die Kuderer ein und will sie zurücktreiben. Aber die Augen unserer Musketiere haben mehr Gewalt über ihre Seelen als die Kosakenpeitschen. Nach einem kurzen, hilflosen Zaudern geraten die Russen wieder in Flucht, und die feindliche Kavallerie hat ein Einsehen und kreist mit ihnen aus.

Unter den 3300 Gefangenen der ersten beiden Tage waren 3000 Russen. Die Rumänen liehen sich lieber auf der Flucht aus nächster Nähe erschießen, als daß sie sich ergaben. Man hatte ihnen erzählt, daß sie in der Gefangenschaft grausam umkämen. Die rumänische Heeresleitung hat durch diese Schauermärchen selbst verschuldet, daß die Niederlage ihrer Dobrußda-Armee zu einem so blutigen Aderlaß am rumänischen Volke wurde. Auffällig ist ferner, daß sich unter den Gefangenen nur zwei Offiziere befanden. Es werden durch diese Tatsache die Aussagen ihrer Soldaten bestätigt, daß sich die vor dem Krieg so ruhmredigen Offiziere während des Kampfes bescheiden im Hintergrund hielten und die Kompanien durch Feldwebel oder Unteroffiziere befehligen liehen. Doch als es nach rückwärts ging, waren sie die Vordersten.

der Stunde einer nationalen Krise die Treue und Selbstaufopferung zu beweisen versäumt, die sie während des Krieges den Arbeitern wiederholt als erste Pflicht vorgehalten haben. Ferner sprechen wir die aufrichtige Hoffnung aus, der unpassende Zwist zwischen einigen von den Personen, auf denen große Verantwortung lastet, sofort beigelegt werde, damit den Arbeitern, die, wie wir vertrauen, dabei bleiben werden, ihre besten Kräfte für das Wohl des Landes einzusetzen, ein besseres Vorbild gegeben werde."

Ein Vorspiel.

Die „Morning Post“ hatte, wie jetzt W. L. B. meldet, schon am 24. November einen Artikel veröffentlicht, der im Hinblick auf die jetzige Krise von besonderem Interesse ist. Unter der dreifachen Ueberschrift: „Die milde Koalition. — Ist eine Rekonstruktion möglich? — Ernährungsprobleme und Admiralität“ führte das konservative Blatt u. a. folgenden aus:

Man unterhielt sich gestern viel in den Wandelgängen des Parlaments über den Zeitartikel in der gestrigen „Morning Post“ bezüglich Mr. Lloyd Georges Stellung in dem Kabinett und der Notwendigkeit, seine Hände im Interesse einer energischeren Fortführung des Krieges zu härten. Es fällt mit einer anderen jener periodischen kampfhaften Anstrengungen der Unruhe in der politischen Welt zusammen, für die die Saumseligkeit und Schlafheit der Koalitionsregierung verantwortlich sind. Die neueste von ihnen scheint tiefere Ursachen zu haben, als ihre Vorgängerinnen, und schon seit einigen Tagen spricht man von einer möglichen ministeriellen Rekonstruktion während der Weihnachtsferien und von beunruhigenden Gerüchten über die Haltung gewisser Kabinetts-Mitglieder bezüglich einzelner Kriegsfragen.

Einiges davon ist zweifellos direkt durch die unzufriedenstellende Lage der Dinge in Rumänien verursacht worden, denn sobald die Sache auf einem der Kriegsschauplätze nicht so recht geht, so ist es das erste für den gewöhnlichen Politiker, nach einem „Sündenbock“ auszusuchen, aber die Wurzeln der gegenwärtigen Beunruhigung liegen sicherlich tiefer. Mr. Kuncimans Rede in der letzten Woche, in der er die Ernennung eines Lebensmitteldiktators ankündigte, hatte eine Wirkung, die gerade das entgegengesetzte von dem war, was er vermuthlich vorausgesehen hatte. Sie ließ das Volk den Ernst des Problems erkennen, aber sie zeigte auch die Langsamkeit der Regierung, damit fertig zu werden.

Als weitere Ursachen der Beunruhigung werden der Angriff der deutschen Flotte im Kanal und die Tätigkeit der deutschen U-Boote angegeben. George Lambert habe eine Anfrage an Asquith angefündigt, ob er, bezüglich der ängstlichen Bedenken, die man hinsichtlich unseres Transportdienstes und unserer Lebensmittelfuhr durch Schiffe hegt, dem Haus entweder durch eine geheime Sitzung oder durch ein anderes Mittel die Versicherung „geben kann, daß man die Bedrohung durch feindliche Unterseeboote gut in der Hand hat“.

Das Unterhaus hat sich vertagt.

London, 7. Dezember. (W. L. B.) Reutermeldung. Das Unterhaus hat sich nach einer stark besuchten formellen Sitzung, in der 20 Minister anwesend waren, ohne Diskussion bis zum 12. Dezember vertagt.

Griechen gegen den Vierverband.

Amsterdam, 7. Dezember. (Z. U.) Daß der Streich des Vierverbandes, den er gegen das kleine königstreue Griechenland führt, fehlgeschlagen ist, geht aus einem Telegramm der Havasagentur aus Athen hervor. Aus Paris wird berichtet: Im Laufe des Montag und Dienstag, heißt es in dem Bericht, habe die gesamte französische Kolonie Athen verlassen. Die Untertanen der fremden Nationen wohnen in den Hotels am Piräus. Eine große Anzahl von ihnen sei bereits an Bord der Schiffe gegangen und abgefahren. Es fanden keine Unterhandlungen irgendwelcher Art zwischen dem Vierverbandsgeandten und dem griechischen Kabinett mehr statt. Aus verschiedenen Städten der Provinz, namentlich aus Rinja und Janina, werden erste Urnruhen gemeldet. Die Reservisten haben in Larissa die Herrschaft an sich gerissen. Alle Läden sind geschlossen. In der Stadt herrscht eine Panik. Wie groß die Wut der griechischen Bevölkerung gegen den Vierverband und gegen sein Werk, Venizelos und dessen Anhang ist, erhellt aus folgendem Bericht aus Saloniki: In Trifala haben die Reservisten die französischen Offiziere verhaftet und sollen jeden mit dem Tode bedroht haben, der sich für Venizelos erklärte. In Solo drangen 150 bewaffnete Reservisten in das Bureau eines venizelistischen Blattes ein, warfen die Möbel auf die Straße und steckten das Bureau in Brand.

Der sozialistische Friedensantrag in der italienischen Kammer.

Rom, 6. Dezember. (W. L. B.) Gegen Schluß der Kammer Sitzung wurde die Friedensresolution der offiziellen Sozialisten zur Debatte gestellt.

Ministerpräsident Boselli führte aus: In dem die Kammer die Erklärungen der Regierung erörterte, trat sie bereits vollständig in die Beratung der Friedensfrage ein, und die Regierung kann in keiner Weise die Freiheit, diese Beratung auszudehnen, beschränken. Aber die Resolution der Sozialisten würde notwendigerweise zu einem Beschluß führen, der in diesem Augenblicke unzumutbar sein würde, da die Kammer ebensowenig, wie für einen vorläufigen und unsicheren Frieden, gegen den Frieden stimmen kann. (Sehr gut!) Die in der Resolution dargelegten Grundfälle sind zweifellos des Lobes würdig, aber wir wissen nicht, ob diese Grundfälle von den Mittelmächten anerkannt und angenommen werden. Uebrigens muß man auch den leichten Verdacht ausschließen, daß Italien, da es keinen Sonderfrieden will, sich von der Seele und den Bestrebungen seiner Alliierten getrennt habe. (Sehr lebhafter Zustimmung.) Die Kammer darf keine Wünsche äußern, die auch nur im allergeringsten den Eifer unserer Kämpfer schwächen und die Laskraft des Landes verringern könnten. (Sehr lebhafter Beifall.) Man kann nur den Sieg beschleunigen, dies bedeutet den Frieden beschleunigen. (Sehr lebhafter Beifall.) Nur auf diese Weise wird der Friede dauerhaft sein, nur auf diese Weise wird Italien sich zum sicheren Herrn seines ganzen Gebietes und seines Meeres machen, nur auf diese Weise wird die Grundlage für die Politik Europas wahrhaft fest sein, denn sie beruht nicht auf Verträgen, sondern auf dem Grundjah der Nationalitäten. (Zustimmung.) Es ist der Sieg, der den Frieden sichern muß. (Sehr lebhafter Zustimmung und Beifall.) Wenn die Resolution aus diesen Beweggründen aufrechterhalten wird, schlage ich die Vertagung auf sechs Monate vor. (Sehr lebhafter wiederholter allgemeiner Beifall.) Turati und Treves bestanden auf der sofortigen Beratung. Der Reformsozialist Marchesano trat für die Vertagung ein. Deno unterstützte ebenfalls die Vertagung und erklärte: Die Resolution ist eine Falle für den nationalen Widerstand. Die italienische Kammer darf sich dazu nicht hergeben. (Sehr lebhafter Beifall.)

(Die berühmte „Friedensfalle“ ist nun auch ins Italienische überetzt, nur scheint Herr Boselli vor ihr nicht so große Angst zu haben wie Herr Deno.)

Die Besprechung des Friedensantrags der Sozialisten wurde schließlich mit 293 gegen 47 Stimmen auf ein halbes Jahr vertagt. Ein weiterer Antrag auf Abhaltung einer geheimen Sitzung wurde zurückgezogen.

Italiens Handelspolitik nach dem Kriege.

Auf die im Schoße der Entente ausgehenden Bestrebungen, den Wirtschaftskrieg über den Krieg hinaus zu verewigen, konnte sich Italien aus Respekt vor dem Strangulieren mit eigener Faust nicht einlassen. Nun hat Herr Boselli in seiner Kammerrede mitgeteilt, daß auch Italien sich das kulturfreundliche Experiment hinreichend weit vom Leibe gehalten habe. Er erklärte:

Die italienische Regierung hat die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz betreffend die Handelspolitik im Kriege angenommen, ist dagegen keine Verpflichtungen bezüglich der Handelspolitik nach dem Kriege eingegangen. Die Freiheit des Handels auf diesem Gebiet ist daher für künftige Beratungen vollständig gewahrt. Alle Handelsverträge Italiens mit anderen Staaten laufen 1917 ab.

Die französischen Geheimhaltungen.

Eine Genfer Havasmeldung von gestern sagt: Die französische Kammer wird heute die Erörterung der Interpellationen in geheimer Sitzung zu Ende führen und morgen mittag gleichfalls in geheimer Sitzung die eingebrachten Tagesordnungen prüfen. Sodann wird die Kammer eine öffentliche Sitzung abhalten, in welcher die Abstimmung über die Tagesordnungen stattfinden wird. Gustave Hervé glaubt es vor den Geheimhaltungen der Kammer. In der „Victoire“ vom 2. Dezember schreibt er: Die geheime Kammer Sitzung dauert bereits den fünften Tag, während die Deutschen sich Bukarest immer mehr nähern und es einzuschließen drohen. Mit Schrecken fragt man sich, wieviel Tage dieser Wortschwall noch anhalten soll? In Gedanken zieht man Vergleiche zwischen unseren Verböhen und denen Deutschlands, wo man in kürzester Zeit Falkenhayn durch Hindenburg ersetzte, wie man seinerzeit Rolffe durch Falkenhayn ersetzte hat, und wo man gleichzeitig mit der Pertrümmerung Rumäniens Zeit findet, die Zivilienpflicht vorzubereiten und einzuführen. Wenn die Regierung und das Parlament nicht begreifen, daß die Stunde der großen männlichen Entschlüsse, der äußersten Maßnahmen für das öffentliche Wohl gekommen ist, so kann man ihnen vorausagen, was uns erwartet. . . .

Das weitere hat die Zensur durch eine Lücke unterbrochen. Aber der Schrei nach dem starken Mann ist ja schon vernehmlich genug.

Hervé prophezeit eine Kriegeregierung.

Rotterdam, 7. Dezember. (Z. U.) Nach Meldungen an den „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus Paris scheint es, als ob heute die Geheimhaltung zu Ende gehen soll, worauf öffentliche Sitzungen abgehalten würden. Das Land wird dann vier wichtige Maßnahmen und Veränderungen auf politischem, militärischem, administrativem und wirtschaftlichem Gebiete vernehmen. Eine taatkäftige Kriegsführung zur Vorbereitung des Feldzuges 1917 werde als Beantwortung der Einführung der Zivilienpflicht in Deutschland und der augenblicklichen Erfolge der Mittelmächte in Rumänien eingeleitet werden. Die Plätter sind noch nicht ermächtigt worden, die neuen Maßnahmen und Namen, welche damit zusammenhängen, zu nennen. Gustave Hervé prophezeit eine Kriegeregierung.

Der U-Boot-Angriff auf Funchal.

Ein neuer Angriff.

London, 6. Dezember. Die Zeitungen berichten aus Lissabon vom 6.: Ein neuer Unterseebootsangriff wird gemeldet. Einzelheiten fehlen. Die erste bereits gemeldete Beschädigung war hauptsächlich gegen die englische Unterseeboots-Station und andere öffentliche Gebäude gerichtet. Nach amtlichen Nachrichten aus Madeira wurden vierunddreißig Personen getötet, darunter einige portugiesische Seeleute. Die Unterseeboote beschossen die Küste zwei Stunden lang.

Eine neue Aera der U-Boot-Schiffahrt.

Zu dem U-Boot-Angriff in Funchal schreibt „Tempo“: In gewisser Hinsicht beginnt damit für die U-Boot-Schiffahrt eine neue Aera, denn zum ersten Male haben Tauchboote eine regelrechte Operation gegen eine Küste unternommen. Wenn bisher ähnliche Unternehmungen nur als Zwischenfälle angesehen werden konnten, so muß man heute mit Artillerieangriffen von Tauchbooten rechnen und Gegenmaßnahmen treffen. Der Vorstoß gegen Funchal beweist, daß die neuesten deutschen U-Boote viel stärkere Geschütze führen, als die älteren. Die Tauchboote nehmen immer mehr den Charakter von Kreuzern an, da sie immer häufiger ihre Geschütze verwenden, die ursprünglich auf U-Booten nur ausnahmsweise gebraucht wurden.

Die „Bremen“.

Der Präsident der Deutschen Ozean-Reederei in Bremen veröffentlicht in der „Nöln. Zig.“ folgendes: „Die zahlreichen Anfragen, welche die Zeitungen und wir hinsichtlich der „Bremen“ erhalten haben, betreffen die warme Teilnahme deutscher Kreise an dem Ergehen unserer Handels-Unterseeboote. Ein starkes, wenn auch ganz anders geartetes Interesse daran bezeugt ebenfalls der Feind, indem er infolge des Ausbleibens jeder Nachricht von unserer Seite über die „Bremen“ alle möglichen Enten der wildesten Art losläßt. Einmal soll die „Bremen“ in Amerika torpediert worden sein, ein andermal soll sie aufgebracht sein und in Dover liegen. Alle diese Mitteilungen sind glatt erfunden und sollen nur dazu dienen, von uns eine Antwort herauszufordern. Dieser Versuch wird jedoch wie bisher vergeblich bleiben. Wir liegt daran, unseren deutschen Mitbürgern mitzuteilen, daß die Deutsche Ozean-Reederei angesichts unserer Feinde lediglich eine Mittelung veröffentlicht: die jeweilige Ankunft der Boote haben und drüben. Alle sonstigen Nachrichten, wie sie in Zeitungen erscheinen, stammen nicht von uns. Ich zweifle nicht daran, daß jeder gute Deutsche die Gründe für unser Verhalten verstehen und sich demgegenüber auch nicht wundern wird, wenn wir selbst den wildesten Gerüchten nicht entgegengetreten.“

Die Friedensbewegung.

Kopenhagen, 6. Dezember. Die Dänische Friedensvereinigung hält am Weihnachten im ganzen Lande Versammlungen für den Frieden ab und fordert 3000 andere Vereine zur Unterstützung auf, um so die Friedenswünsche des dänischen Volkes klar zum Ausdruck zu bringen.

Das neue Polen.

Verordnung über Errichtung eines Staatsrats.

Auf Grund einer Vereinbarung der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung ist, wie aus Warschau gemeldet wird, eine Verordnung über die Errichtung eines Staatsrats im Königreich Polen veröffentlicht worden. Die Verordnung schafft ein Provisorium. Der aus ernannten Mitgliedern gebildete Staatsrat soll vor allem die Wahl einer für die beiden Verwaltungsgebiete des Königreichs gemeinsamen Volksvertretung vorbereiten.

Nach Artikel 7 hat der Staatsrat in allen Fragen der Gesetzgebung, in denen die beiden Verwaltungen gemeinsam oder einzeln an ihn heranzutreten, sein Gutachten abzugeben. Er ist berufen, an der Schaffung weiterer staatlicher Einrichtungen im Königreich Polen mitzuwirken. Zu diesem Zweck hat der Staatsrat a) die Entwürfe der Verordnungen auszuarbeiten, durch welche die gemeinsame Vertretung der von dem Deutschen Reich und von der österreichisch-ungarischen Monarchie verwalteten Teile des Königreichs Polen geregelt wird; b) die Einrichtung einer polnischen Staatsverwaltung vorzubereiten.

Außerdem hat der Staatsrat 1. Initiativanträge und Anregungen in Landesangelegenheiten vorzubringen, 2. an der Bildung der polnischen Armee mit dem hiermit betrauten höchsten militärischen Befehlshaber der verbündeten Mächte mitzuwirken; 3. Beschlüsse über die Behebungen der Kriegsschäden und über die wirtschaftliche Belebung des Landes zu fassen und die hierzu erforderlichen Mittel aus den von beiden Seiten Verwaltungen zur Verfügung gestellten Krediten anzuweisen oder durch Zuschlag zu den direkten Steuern oder durch Aufnahme von Anleihen aufzubringen.

Der Vorstand des Staatsrats heißt Kronmarschall.

Der Seekrieg.

Amerikanischer Dampfer versenkt.

New York, 6. Dezember. (W. L. B.) Amerikanische Mitglieder der Besatzung des amerikanischen Dampfers „John Lambert“, der aus Bordeaux hier eingetroffen ist, berichten, daß ihr Schiff am 22. November von einem deutschen U-Boot durch Granatfeuer versenkt worden sei.

Der englische U-Boot-Zimmer.

Amsterdam, 6. Dezember. (W. L. B.) Wie aus London gemeldet wird, hat dort am 2. Dezember eine Versammlung in der City von London eine Resolution angenommen, daß die Admiralität sofort Maßnahmen ergreifen müsse, um der Bedrohung des britischen Ueberseehandels durch U-Boote und Minen entgegenzutreten, daß ferner die britischen Handelschiffe wirksam gegen Seeüberfälle bewaffnet und eine effektive Wache hergestellt werden müsse. Lord Bessford führte unter heftigen Angriffen auf die Regierung aus: Gegenwärtig verlieren wir wöchentlich an 70 000 Tonnen Schiffraum, und deshalb steigen die Preise der Lebensmittel. Die Regierung kommt immer zu spät. Seit dem Beginn des Krieges sind 1470 Schiffe versenkt worden und seit dem 8. November 159. Reicht das nicht aus, um von der Regierung eine Erklärung zu verlangen, wie man in eine solche Lage gekommen ist, obgleich man die See beherrscht? Die Bedrohung durch die U-Boote sei schlimm und könne noch schlimmer werden. Das hauptsächlichste Ziel der britischen Operationen sei Zerschlagung. Man sollte tausend Flugzeuge dorthin senden. Jrgend etwas sei in Dover nicht in Ordnung. Ernsthaftige Dinge würden dort enthüllt, die er nicht nennen dürfe, aber die, welche unterrichtet wären, hätten an die Admiralität geschrieben und eine Untersuchung verlangt.

Gibson Bowles sagte, die Verluste der englischen Handelsmarine bedeuteten, daß die englische Seeherrschaft bedroht sei. England könnte ebenso von Deutschland blockiert werden, wie Deutschland von England. Die Lage sei sehr ernst. Bowles schloß: Wir haben einen Lebensmittelkontrollleur eingesetzt, aber der wirkliche Lebensmittelkontrollleur ist jetzt das deutsche U-Boot.

9000-Tonnendampfer versenkt. Der italienische bewaffnete Dampfer „Palermo“ (9203 Tonnen), der mit Kriegsmaterial aus New York unterwegs war, ist gegenüber Kap Sebastian (Azoren) durch ein deutsches Tauchboot versenkt worden. Zwei Mann der Besatzung sind getötet, 3 verwundet, 98 landeten in Booten in Palamos.

Versenkt. Lloyds meldet als gerüchweise versenkt den norwegischen Dampfer „Garald“. „Petit Parisien“ meldet aus Barcelona: 96 Schiffbrüchige des italienischen Dampfers „Palermo“ (9203 Br.-R.-T.) der Navigazione Generale, der versenkt worden ist, sind in Palatrugell (Provinz Genova) ausgeschifft worden. — Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Vrest hat der spanische Dampfer „Zam“ die Besatzung des versenkten griechischen Dampfers „Dimitrio“ ausgeschifft. Die Besatzung des versenkten norwegischen Dampfers „Gurib“ wurde gelandet. — Als versenkt werden gemeldet der französische Segler „Auguste Marie“ und der Fischkutter „Hendrik“ sowie die englischen Fischkutter „A. 256“ und „A. 21“, ferner das griechische Dampfschiff „Jofe“.

Ein französischer Torpedojäger gesunken. (W. L. B.) Bern, 7. Dezember. Nach einer Meldung des „Petit Journal“ hat der englische Transportdampfer „Leviot“ den Torpedojäger „Yatagan“ versenkt. (?)

Yatagan ist ein französischer Torpedojäger von 300 Tonnen aus dem Jahre 1900. Offenbar handelt es sich um einen Zusammenstoß.

Letzte Nachrichten.

Belgien und die Schweiz.

Berlin, 7. Dezember. (W. L. B.) Der hiesige schweizerische Gesandte hat bei Gelegenheit einer Unterredung mit dem Reichsfanzler zur Sprache gebracht, daß die in der Schweiz verbreiteten Gerüchte über die Fortführung belgischer Arbeitsloser nach Deutschland unter der schweizerischen Bevölkerung Beunruhigung hervorgerufen haben. Die schweizerische Regierung ist daraufhin über den Sachverhalt und die völkerrechtliche Grundlage der Verfügung aufgeklärt worden. Dabei ist ihr mitgeteilt worden, daß der kaiserliche Generalgouverneur in Brüssel bei Durchführung der Maßnahmen auf etwaige schweizerische Interessen Rücksicht nehmen werde.

Der Zusammentritt des rumänischen Parlaments.

Basel, 7. Dezember. (Z. U.) Agence Havas meldet: Die Zusammenkunft des Parlaments in Jassy wurde auf den 8. Dezember vertagt. Die Polizeipräfektur von Bukarest forderte die Bevölkerung auf, strikte Ruhe zu beobachten. Die Behörden sind an ihren Posten; nichts rechtfertigt den Mangel an Vertrauen seitens der Nation in die Verteidigung des Landes. („Frankf. Zig.“)

An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands!

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, das der Reichstag am 2. Dezember mit 235 gegen 19 Stimmen angenommen hat, verlangt die Hergabe jeder entbehrlichen Arbeitskraft für den Dienst der Landesverteidigung.

Das Gesetz hat durch Einführung der Arbeitspflicht den festen Boden für die Organisation der Arbeit im Dienste der Nation geschaffen. Aber das Wert kann nicht durch Zwangsarbeit gelingen, sondern es muß der Erfolg freiwilliger Mitarbeit des ganzen Volkes aus eigener Ueberzeugung und freudiger Hingabe sein. Namentlich bedarf es für die Arbeiter und Angestellten nicht des Arbeitszwanges, denn ein jeder von ihnen ist von Jugend an in Arbeit aufgewachsen und in Pflichtbewußtsein geschult und wünscht nichts sehnlicher als ausreichende Beschäftigung.

Die Organisation des vaterländischen Hilfsdienstes bedarf der Arbeiter und Angestellten in hervorragendem Maße, vor allem derjenigen, die früher in einem der für den modernen Kriegsbetrieb tätigen Berufe gelernt oder gearbeitet haben. Sie werden aufgefordert werden, sich den vom neuen Kriegsamt bezeichneten Stellen als Sacharbeiter zur Verfügung zu stellen. Aber auch die Angehörigen der übrigen Berufe dürfen nicht abseits bleiben, sondern ein jeder muß in der heimischen Arbeitsarmee einen Platz einnehmen, wo er der Landesverteidigung unmittelbar nützlich sein kann. Ein Mangel an weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen ist zurzeit nicht vorhanden, weshalb es sich nicht empfiehlt, den Hilfsdienststellen mit dem Ueberangebot solcher Kräfte die Arbeit zu erschweren. Es würde auch erschwern für die Regelung der Lohnverhältnisse wirken, wenn Arbeitskräfte ohne Bezahlung den auf Lohnarbeit angewiesenen Arbeitern und Angestellten die Arbeitsplätze freit machen würden. Der Hilfsdienst verlangt weitgehende Opfer von allen, nicht zum wenigsten auch Verzicht auf wichtige Rechte. Dem freien Arbeitsvertrag, der Freiwilligkeit und Schranken gesetzt. Das neue Gesetz bringt aber nicht bloß Pflichten für die Arbeiterschaft, sondern es ist durch die tatkräftige Mitarbeit des Reichstags auch gelungen, die Rechte der Arbeiter und Angestellten in Form der für die Interessenvertretung während des Krieges ausreichenden, sicherzustellen. Für alle Wünsche, Anträge und Beschwerden der Arbeiter sind zunächst Betriebsausschüsse zuständig, die zur Wahrung der Interessen der Arbeiter in jedem Betrieb mit mindestens 50 Arbeitern bzw. Angestellten errichtet werden müssen. Kommt hierbei eine Einigung mit dem Arbeitgeber nicht zustande, so kann entweder mit Zustimmung beider Parteien das Gewerbe-, Berggewerbe- oder Kaufmannsgericht angerufen werden, oder es entscheidet eine paritätische Schlichtungskommission, die für jeden Bezirk einer Ersatzkommission zu errichten ist. Auch die Landwirtschaft ist dieser Rechtsprechung unterstellt. Das sind ganz erhebliche Verbesserungen des seither geltenden Rechtszustandes, die ohne die energische Tätigkeit aller Gewerkschaftsgruppen nicht erreicht worden wären. In Fragen der Heranziehung von Personen zum Hilfsdienst fungieren die Ausschüsse bei den Ersatzkommissionen erstinstanzlich und als Beschwerdestellen Ausschüsse für den Bezirk jedes stellvertretenden Generalkommandos. In Fällen der Heranziehung von Betrieben und Berufen zum Hilfsdienst entscheidet zunächst ein Ausschuss für den Bezirk des Generalkommandos und über Beschwerden ein Ausschuss beim Kriegsamt. Ferner wird das Kriegsamt zur Leitung des mit der Regelung der Arbeiterfragen betrauten Ressorts einen Gewerkschaftsvorstand berufen, der das Vertrauen der deutschen Gewerkschaften in weitestem Maße besitzt. Endlich ist auch das Ver-

ein- und Versammlungsrecht für alle im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen durch das Gesetz selbst geschützt und darf in keiner Weise beschränkt werden. Die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz bedürfen der Zustimmung eines vom Reichstag hierzu gewählten Ausschusses.

Diese Rechtsgarantien können aber nur dadurch wirkliches Leben erhalten, daß die Arbeiterschaft sich einmütig und ohne Unterlaß für die gewerkschaftlichen Organisationen einsetzt. Ohne die Mitwirkung im Sinne gewerkschaftlicher Grundförmel würde die Umgestaltung der freien Privatwirtschaft zur geregelten Bedarfswirtschaft des Staates lediglich die Arbeiter und Angestellten benachteiligen und nicht die freudige Anteilnahme und die großen Leistungen erwecken, deren das Reich so dringend bedarf. Ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung wären auch die Ausschüsse und Schlichtungskommissionen nicht imstande, ernste Differenzen zu verhüten und die Arbeiter und Angestellten zu ihrem Recht kommen zu lassen. Deshalb müssen die Arbeiter und Angestellten zunächst darauf bedacht sein, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in die neu zu wählenden Ausschüsse zu entsenden, und sie müssen weiterhin dafür tätig sein, daß möglichst alle in vaterländischem Hilfsdienst Beschäftigten der gewerkschaftlichen Organisation als Mitglieder zugeführt und über ihre Pflichten und Rechte in kameradschaftlicher Weise aufgeklärt werden. Der vaterländischen Arbeitspflicht muß die gewerkschaftliche Organisationspflicht gleichgestellt werden, wenn das große Werk der Mobilisation aller heimischen Kräfte dauernd Nutzen bringen soll.

Die erste und wichtigste Aufgabe der Arbeiter und Angestellten allerorts ist die Wahl gewerkschaftlich organisierter Vertreter aus ihrer Mitte zu den Betriebsausschüssen. Die Wahl ist unmittelbar und geheim und erfolgt nach den Grundförmeln der Verhältniswahl. Für Betriebe mit mindestens 50 Angestellten sind besondere Angestelltenausschüsse zu errichten. Solche Ausschüsse sind auch für Staatsbetriebe, mit Ausnahme der Eisenbahnbetriebe, zu wählen. Weiterhin obliegt es den gewerkschaftlichen Organisationen (Gewerkschaftsleitern bzw. Gauleitern), Vorschläge für die Berufung der ständigen Beisitzer zu den Schlichtungskommissionen für den Bezirk jeder Ersatzkommission zu machen, damit auch in diesen wichtigen Berufungsinstanzen gewerkschaftlich geschulte Kräfte, zu denen die Arbeiterschaft volles Vertrauen hat, nach Recht und Billigkeit entscheiden. Ueber diese Wahlen werden den Kartellen bzw. Gauleitern besondere Verhaltensregeln übermittelt werden. Bei diesen Wahlen und bei der Organisationsarbeit während des Krieges sind Streitigkeiten mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen zu vermeiden und ein gemeinsames Vorgehen aller Gewerkschaftsrichtungen, die unabhängig von den Arbeitgebern bestehen, herbeizuführen.

In dem Existenzkampf, den Deutschland um sein Bestehen und seine Zukunft führt, hat sich die Wahrheit glänzend durchgerungen, daß die Arbeiterklasse der bedeutsame Teil des Volksganges ist und ohne deren Opferinn der geregelte Aufbau der Kriegswirtschaft nicht möglich wäre, der für die Selbstbehauptung unseres Volkes in diesem Kriege von entscheidender Bedeutung ist. Aber ohne ihre feste Organisation hätte die Arbeiterschaft auch diese Anerkennung nicht erreicht, und diese Organisation muß nach Beendigung des Krieges dafür sorgen, daß die wiedergeburt Deutschlands sich im Zeichen der politischen Gleichberechtigung und der Anerkennung der Arbeiterorganisationen sowie der Sozialpolitik erfolgt.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Gewerkschaftliches.

Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel.

Am 18. Oktober 1911 wurde vom Zweigverein Nürnberg des Bauarbeiterverbandes gegen den Steinmetzmeister Georg Leika in Nürnberg wegen Zahlungsunfähigkeit die Sperre verhängt. Es sollte dadurch eine Schädigung der Arbeiter durch den zahlungsunfähigen Unternehmer vermieden werden. Die Sperre wurde in der „Fränkischen Tagespost“ vom 18. und 20. Oktober in folgender Weise bekanntgemacht: „Achtung, Steinbauer und Runterspügel! Ueber den Betrieb des Steinmetzmeisters Leika ist wegen Zahlungsunfähigkeit die Sperre verhängt. Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Nürnberg-Fürth.“ In einigen anderen Nummern der „Tagespost“ wurden die näheren Gründe angeführt, die zur Verhängung der Sperre geführt hatten. In einem Versammlungsbericht in der „Fränk. Tagespost“ war außerdem gesagt, daß eine Versammlung der Runterspügel und der Steinarbeiter (Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter) beschlossen habe, die Sperre für immer zu heben.

Wegen dieser Tatsachen erhob Leika im Juli 1912 Klage gegen den Bauarbeiterverband, Zweigverein Nürnberg, den Zentralverband der Steinarbeiter, Gau Nürnberg, und die Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei in Nürnberg, nachdem er gegen den Bauarbeiterverband zuvor schon die Tarifinstanzen wegen Vertragsbruchs in Bewegung gesetzt hatte. Die Klage lautete auf Aufhebung der Sperre und Zahlung von wöchentlich 50 M. Verdienstentgang vom 18. Oktober 1911 an auf Lebenszeit nebst 4 Proz. Zinsen seit Klagezustellung. Er behauptete, die Beklagten hätten sein Geschäft durch ihr „gegen die guten Sitten verstößendes, seinen Kredit, Erwerb und sein Fortkommen gefährdendes Verhalten“ vollständig ruiniert. Durch die öffentliche Bekanntmachung der Sperre und die damit zusammenhängende Aufforderung an die Arbeiter, bei ihm nicht in Arbeit zu treten, sei es ihm unmöglich gemacht worden, weiterhin als selbständiger Meister seinen Verdienst zu finden, so daß er jetzt als Arbeiter seinen Verdienst suchen müsse. Die Verhängung der Sperre sei „für immer“ geschehen, sie sei als „ewige Sperre“ gedacht und deshalb ohne weiteres eine unbillige Handlung. Sie würde aber auch dann eine unbillige Handlung sein, wenn man annehmen könnte, daß es sich nicht um eine ewige Sperre gehandelt habe, denn der Bauarbeiterverband sei dem Arbeitgeberverband, dem der Kläger angehöre, gegenüber vertraglich verpflichtet, solche Maßregeln nicht anzuwenden, weshalb auch die Verhängung der Sperre von der tariflichen Schlichtungskommission für unzulässig und vertragswidrig erklärt worden sei. Eine Maßnahme aber, die in unzulässiger und vertragswidriger Weise und in bewußtem Verstoß gegen die zum Schutze der beiderseitigen Verbandsangehörigen unternommenen Verpflichtungen getroffen werde, sei als eine gegen die guten Sitten verstößende Handlungswiese anzuspüren.

Die Beklagten, die durch Rechtsanwalt Sühheim vertreten wurden, machten geltend, daß eine ewige Sperre nicht verhängt und daß den Verbandsmitgliedern nicht verboten worden sei, beim Kläger zu arbeiten; verschiedene Mitglieder hätten auch bei ihm gearbeitet. Die Behauptung des Klägers, es sei durch die Sperre

arbeitslos geworden, sei also unwahr. Im übrigen sei die Entscheidung dieser Streitfragen nicht Sache der bürgerlichen Gerichte, sondern der tariflichen Schiedsinstanzen.

Die Klage beschäftigte in jahrelanger Dauer mehrere Gerichte. Die Einrede des Bauarbeiterverbandes, daß die Entscheidung dieses Rechtsstreits durch die tariflichen Schiedsinstanzen, nicht aber durch die bürgerlichen Gerichte zu erfolgen habe, wurde vom Oberlandesgericht Nürnberg als unbegründet verworfen. In der Sache selbst aber wurde der Kläger mit seinem Anspruch am 28. Oktober 1916 vom Landgericht Nürnberg abgewiesen. In den Gründen wird gesagt, die Klage sei gegen sämtliche Beklagte un begründet. Es sei keine ewige Sperre über den Kläger verhängt worden. Die diesbezügliche Mitteilung in der „Fränk. Tagespost“ sei falsch gewesen. Nach den Zeugnisaussagen hätten, als der Kläger wieder kreditwürdig erschien, die Verbandsmitglieder wieder bei ihm gearbeitet oder bei ihm arbeiten dürfen. Im übrigen habe das Gericht bezüglich des Bauarbeiterverbandes nur darüber zu entscheiden, ob er sich einer unerlaubten Handlung schuldig gemacht habe. Die Frage sei zugunsten des Klägers zu entscheiden. Die Verhängung der Sperre sei ein erlaubtes Kampfmittel, das nicht als unerlaubte Handlung anzusehen sei. Eine unerlaubte Handlung liege auch nicht deswegen vor, weil der Bauarbeiterverband die zeitige Sperre entgegen dem Tarifvertrag ausgesprochen habe. Das sei lediglich eine Vertragswidrigkeit, deren etwaige Folgen der Prüfung des (tariflichen) Schiedsgerichts, nicht aber der des Landgerichts unterständen. Es könne allerdings ein Vertragsbruch zugleich eine unerlaubte Handlung darstellen, im gegebenen Fall sei aber, da nur von einem sonst erlaubten Kampfmittel Gebrauch gemacht worden sei, ausschließlich eine Vertragsverletzung gegeben. — Bezüglich der beiden anderen Beklagten führte das Gericht aus: Der Steinarbeiterverband habe weder die zeitige noch die ewige Sperre über den Kläger verhängt, so daß alle Klagegründe von selbst entfielen. Würde er aber wirklich die zeitige Sperre verhängt haben, so würde dies, da ein stichhaltiger Grund hierzu vorlag, nicht gegen die guten Sitten verstößen und hätte den Steinarbeiterverband auch nicht schadenerspflichtig machen können, da die Sperre nicht widerrechtlich gewesen wäre. Die Veröffentlichung, die die „Fränk. Tagespost“ gebracht habe, würde selbst dann nicht gegen die guten Sitten verstößen, wenn tatsächlich die ewige Sperre ausgesprochen worden wäre. Denn nur die Beschlussfassung, nicht aber die Veröffentlichung des Beschlusses könnte gegen die guten Sitten verstößen. An sich wäre allerdings nach §§ 823 und 824 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine Inanspruchnahme des Zeitungsgehalts denkbar und möglich. Allein der Kläger habe in keiner Weise bewiesen und auch nicht den Beweis dafür angetreten, daß ihm gerade durch die Artikel der „Tagespost“ in seinem Erwerb und Fortkommen Schaden entstanden sei. Es fehle also der Nachweis oder auch nur der hohe Grad der Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhanges zwischen den Veröffentlichungen und dem dem Kläger angeblich entstandenen Schaden. Die Klage mußte daher, ohne daß es noch des angebotenen Beweises bedurft hätte, gegen sämtliche Beklagte abgewiesen werden mit der Folge, daß der Kläger die Kosten des Rechtsstreits zu tragen habe.

Keine Kriegslohnzulage für die in den Charlottenburger Gasrevieren beschäftigten Frauen?

Wir berichteten kürzlich, daß den städtischen Gasarbeitern zu ihren bisherigen Teuerungszulagen eine sogenannte Kriegslohnzulage von 10 Pf. pro Stunde ab 15. November gewährt worden ist. Bei der ersten Lohnzahlung zeigte es sich, daß die Frauen in den Gasrevieren davon ausgeschlossen sind. Aus welchem Grunde? Der Grundlag, wonach für gleiche Leistung der gleiche Lohn zu zahlen sei, hat gerade in der Kriegszeit seine Geltung behalten und es liegt gewiß kein Grund vor, davon abzuweichen. Die in den Gasrevieren beschäftigten Frauen haben die im Felde stehenden Männer vollständig zu ersetzen. In einigen Gasrevieren haben die Frauen in ihrem Arbeitsfeld vielfach höhere Leistungen vollbracht als vorher die Männer. Soll nun die Zurücksetzung als Belohnung für den übermäßigen Arbeitsreiz gelten? Berücksichtigt man die Höhe des den Frauen gewährten Stundenlohnes von 40 Pf., was bei einer täglichen Arbeitszeit von 9 Stunden einen Wochenverdienst von 21,60 M. ausmacht, so kann man es gewiß nicht als unbillig bezeichnen, wenn die Frauen, die vielfach von ihrem Verdienst ihre Familie erhalten müssen, gleichfalls den Anspruch auf die ihren Kollegen gewährte Kriegszulage erheben. Darüber, daß die bisher gewährten Teuerungszulagen auch nicht im entferntesten einen Ausgleich gegenüber den stetig steigenden Lebensmittelpreisen darstellen, ist weiter kein Wort zu verlieren. Obwohl wir durchaus nicht verkennen, daß den Gemeinden durch den Krieg ganz ungeheure Löhne aufgebürdet worden sind, so können wir es doch nicht unterlassen hervorzuheben, daß schon im Interesse der Erhaltung der Arbeitskräfte — ganz zu schweigen von der Arbeitsfreudigkeit — die Verpfändung für die Stadtverwaltung vorliegt, auch den Arbeiterinnen die zeitgemäße Kriegslohnzulage, wie sie die Männer erhalten, zu gewähren. Wir hoffen, daß die Stadtverwaltung sich diesem berechtigten Verlangen der in den Gasrevieren beschäftigten Frauen nicht verschließen wird.

Weihnachtsunterstützung im Schuhmacherverband.

Den Angehörigen der Mitglieder des Schuhmacherverbandes wird, wenn das Mitglied bis einschließlich 30. November dieses Jahres eingezogen ist, eine Weihnachtsunterstützung von 10 M. gewährt. Die Unterstützung kann vom 15. Dezember ab im Bureau Engelauer 15, vorn parterre, vormittags von 10 bis 12 Uhr erhoben werden. Die Unterstützung muß bis zum 31. Dezember abgehoben sein.

Aus der Partei.

Sabotierung der Gewerkschaften.

Man muß den Jersörern der Arbeiterbewegung lassen, daß sie konsequente Leute sind. Nach der Weiragsperre in der Partei wird jetzt der Gedanke propagiert, den Gewerkschaften keine Weiräge mehr zu zahlen. In der Kreisversammlung des 3. Berliner Kreises tauchte der Gedanke zum erstenmal auf, jetzt hat er auch schon seinen schriftlichen Niederschlag gefunden und ein Blatt, das sich Parteiblatt nennt, öffnet ihm bereitwillig seine Spalten. Der Braunschwiger „Volkstfreund“ erwidert sich den Herosfratenrum, dem Laborator eines gewissen K. A., der Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes Berlin zu sein behauptet, zu weiterer Verbreitung zu verhelfen. K. A. sucht das arbeiterverrätrische Gesicht seiner Nachgeschichten unter der Maske leuchterischer Raivität zu verbergen, indem er „den Doven markiert“, würde der Berliner sagen. Nachdem das Hilfsdienstgesetz angenommen ist, sagt K. A., hätten die Gewerkschaften ja doch keine praktische Bedeutung mehr, er macht deshalb den Vorschlag: Mit Ablauf der 53. Woche dieses Jahres endigen alle Rechte und Pflichten in den Gewerkschaften.

Niemand bezahlt mehr im neuen Jahre Weiräge, die Unterführungen hören auf, die Gewerkschaftsangehörigen bekommen keine Gehälter mehr und gehen wieder in die Fabrik zurück (merkte was?) und in dieser „selbstgewählten Karlose“ sollen die Gewerkschaften bis Friedensschluss schlummern. Dann könnte man wieder anfangen.

Man muß zugestehen; Wenn ein Soldat des Scharfmachertums den Auftrag hätte, ein teuflisches Mittel zu erfinden, das die Gewerkschaften bis zum Kriegsende gänzlich vernichtete, dann könnte er vielleicht auf den Gedanken verfallen, unter der Maske eines Gewerkschaftsmitgliedes den Arbeitern solche Ratschläge einzuflüßern. Das ein wirkliches Gewerkschaftsmitglied seine Kollegen zu einer solch wahnwitzigen Zerstörung des mühevoll geschaffenen stolzen Werkes der Arbeiterschaft zu verleiten sucht, gegen eine solche Annahme sträubt sich alles in uns. Kann man wirklich und bewußt in diesem Grade die Geschäfte der Arbeiterfeinde besorgen?

Die Bremer Beitragsperre. Die „Bremer Bürger-Zeitung“ veröffentlicht einen Brief des Parteivorstandes an den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Bremen. Unter Bezugnahme auf die von der Bremer Generalversammlung beschlossene Beitragsperre erklärt der Parteivorstand, daß dieser Beschluß im Widerspruch zum Organisationsstatut der Gesamtpartei steht. Damit hat sich der Verein Bremen be wußt außerhalb der Partei gestellt. In dem Schreiben heißt es ferner:

Wir haben deshalb heute den Vorstand unserer Bezirksorganisation „Nordwest“ beauftragt, für Bremen eine Parteiorganisation zu schaffen, die den im Organisationsstatut festgesetzten Pflichten gegen die Gesamtpartei gerecht wird.

Zugleich teilen wir mit, daß mit dem Ausscheiden des Sozialdemokratischen Vereins Bremen aus der Parteiorganisation auch die mit der „Bremer Bürger-Zeitung“ verbundenen Funktionen der Zeitungskommission erloschen sind.

Wie wir einem unüberlandten Flugblatt entnehmen, ist der auf dem Boden des Organisationsstatutes stehende Verein schon in der Konstituierung begriffen.

Eine sehr gewundene Erklärung erläßt der auf dem Boden der Arbeitgemeinschaft stehende Vorstand des alten Vereins in dem gleichen Blatt. Die Annahme des von den Spartakusleuten gestellten Antrags auf Beitragsperre hat ihn so aus der Fassung gebracht, daß er jetzt gar den Weiragsabhängigern vorwirft, diese Annahme verschuldet zu haben. Es geht ihm halt mit den Spartakusleuten wie dem Zauberlehrling: Die ich tief die Geister, werde ich nicht los.“ Der Vorstand erklärt sich außerstande, den Beschluß der Generalversammlung durchzuführen und legt seine Aemter nieder unter gleichzeitiger Einberufung einer neuen Generalversammlung. Aber wie die Redaktion der „Bremer Bürger-Zig.“ in ihrem Schlusswort zurecht konstatiert, verweist die Vorstandserklärung die Beitragsperre nicht prinzipiell, sondern nur aus taktischen Gründen, weil sie keinen Erfolg verspreche, solange sie nur von einigen Organisationen ausgeübt werde. Die Redaktion schließt mit den Worten:

Es sind also nur taktische Bedenken, die die Unterzeichner der Erklärung leiten und nicht der Gedanke, daß mit der Beitragsperre das organisatorische Gefüge der Partei und damit diese selbst zusammenbrechen muß. Daß das verhindert werden muß, sollte für jeden Sozialdemokraten selbstverständlich sein. Wir betrachten es als unsere heiligste Pflicht, dagegen mit allen Kräften zu wirken.

Damit ist die Auseinandersetzung über die Beitragsperre für uns geschlossen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Borewiegend trübe oder neblig bei wenig veränderter Temperatur. Deilich der Ober größtenteils trocken. Im Nordwesten geringe, im Südwesten etwas stärkere Niederschläge.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung. Donnerstag, den 7. Dezember 1916, mittags 12 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Lenzke. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Entwurfs v. Wodtberg (L.) und Genossen, betreffend

Teuerungszulagen und Kriegszulagen

für Staatsbeamte, Staatsarbeiter und Volksschullehrer.

Die Kommission (Berichtersteller Abg. Dr. Schroeder-Kassel (natl.)) beantragt:

1. Die nach dem Erlaß des Finanzministers vom 15. November 1916 gewährten Teuerungszulagen für die verheirateten Beamten so zu erhöhen, daß jeder Beamte bis 5100 M. Gehalt 100 M. und für jedes Kind von 15—18 Jahren, soweit es nicht ein eigenes auskömmliches Einkommen besitzt, 30 M. erhält.

2. Die in dem Erlaß vorgesehenen Teuerungszulagen für Staatsarbeiter in allen Staatsverwaltungen durchzuführen.

3. Die laufenden Kriegsheilfisen den Teuerungszulagen entsprechend zu erhöhen, auf weitere Beamtenklassen auszudehnen und für alle Orte gleichmäßig zu gestalten unter Berücksichtigung der Kinder bis zum 18. Lebensjahre.

4. Den Ruhegehaltsempfängern und den Hinterbliebenen von Staatsbeamten einmalige Kriegsteuerungszulagen nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Bedürftigkeit zu bewilligen.

5. Eine entsprechende Fürsorge auch den Volksschullehrern zu gewähren.

6. Dem Abgeordnetenhaus möglichst bald statistische Mitteilungen über die Zahl der beschäftigten Beamten und über die finanzielle Wirkung dieser Maßregeln zugehen zu lassen.

Ein weitergehender Antrag Braun (Soz.) u. Gen., der für verheiratete Beamte allgemeine Teuerungszulagen von 150 M. und für unversehrte bis 3000 M. Gehalt 100 M. verlangt, für die Staatsarbeiter dieselben Teuerungszulagen wie für die Beamten, und für pensionierte Beamte und Arbeiter sowie deren Hinterbliebenen ebenfalls Kinderzulagen fordert, findet nicht die genügende Unterstützung.

Finanzminister Dr. Lenzke

betont, daß es der Regierung fern gelegen habe, durch den Erlaß vom November das Abgeordnetenhaus beiseite zu schieben oder vor vollendeter Tatsache zu stellen. Die Anträge der Kommission gehen nun über die von der Regierung beabsichtigten Teuerungszulagen weit hinaus. Für die kinderreichen Unterbeamten ist die von der Regierung vorgesehene Regelung weit günstiger als der ursprüngliche Antrag der Parteien dieses Hauses. Ich kann heute noch keine Erklärung darüber abgeben, ob die Regierung den noch weitergehenden Beschlüssen des Ausschusses zustimmen kann, da diese erst gestern gefaßt worden sind. Die Ziele und Absichten der Regierung stimmen jedenfalls mit denen dieses hohen Hauses überein. (Bravo!) Die Regierung ist sich voll bewußt, von welcher Bedeutung es ist, daß unter

Beamtenstand nicht zu stark in Schulden

gerät. Sie ist den Beamten dankbar für ihre treuen Dienste, die sie unter Anspannung all ihrer Kräfte während des Krieges geleistet haben. (Bravo!) und wird alles tun, was notwendig ist, um der Not der Beamten abzuhelfen. (Beifall.)

Abg. Delze (L.):

Wir stimmen den Beschlüssen der Kommission zu. Die Beamten gehören zu den gesündesten Schichten des Volkes; es wäre ein Unglück, wenn gerade diese Schichten der Verelendung anheimfallen würden. Gewiß werden unsere Anträge erhebliche Mehraufwendungen bedingen, aber es handelt sich hier um absolut notwendige Kriegsausgaben. Das gute Beispiel, das die Staatsregierung hier gibt, wird hoffentlich Nachfolge finden bei den Städten und der Kirche. (Bravo! rechts.)

Abg. Schmedding (Z.):

Die gestrigen Verhandlungen über die Ernährungsfrage waren die beste Begründung für unsere heutigen Anträge. (Sehr richtig!) Es ist gut, daß der sozialdemokratische Antrag nicht zur Verhandlung gekommen ist. Er hätte natürlich leicht von uns noch übertrumpft werden können, aber ob ein solches Vorgehen der Sache der Beamten genügt hätte, möchte ich bezweifeln. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Der Krieg hat zwar für einen kleinen, aber sozial und politisch sehr einflussreichen Teil des Volkes ungeheure Gewinne gebracht, für die Masse des Volkes aber ungeheures Elend. Dazu gehören auch die Arbeiter in den Staatsbetrieben und die Beamten. Aus ihren Petitionen erhält man

einen geradezu erschütternden Eindruck

von dem traffen Elend, das in weiten Kreisen der Beamten und Arbeiter herrscht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In einer Petition des Verbandes Deutscher Eisenbahn-Weichensteller ist z. B. davon die Rede, daß bei diesen Beamten nicht mehr Schmalhans Küchenmeister ist, sondern der Hunger. In einer anderen Petition wird hingewiesen auf die Unterernährung der heranwachsenden Jugend der unteren Beamtenklasse, die zu den allergrößten Besorgnissen Anlaß gebe. Bei diesen Beamten reichen die Einnahmen nicht einmal aus, um die rationierten Lebensmittel zu kaufen. Dieser Zustand herrscht ja auch in zahlreichen Proletarierfamilien. Dabei ist es klar, daß ein normaler, noch dazu angelernter arbeitender Mensch von den geringen rationierten Quantitäten der Lebensmittel nicht bestehen kann, sondern darauf angewiesen ist, andere zuzukaufen, wenn er nicht langsam verhungern oder in seiner Gesundheit aufs schwerste geschädigt werden soll. Wir müssen daher die Teuerungszulagen so hoch bemessen, daß die Beamten und Staatsarbeiter sich das nötige Quantum anderer Lebensmittel zu den rationierten hinzukaufen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Notwendigkeit geben auch die Ärzte zu, die feststellen mußten, daß z. B. die Tuberkulose unter den Kriegszuständen bereits eine beträchtliche Steigerung erfahren hat. Daß die wohlhabenden Kreise nicht nur von den rationierten Lebensmitteln leben, wissen wir doch alle. (Widerpruch rechts, Zuruf: Kortens.) Nun, Sie werden doch nicht bestreiten, daß die reichen Leute sich Gänse, Hosen, Obst, Käse usw. für ihr Geld zukaufen können. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Verlobung der unteren Beamten hat auch früher schon nicht ausgereicht. Deshalb haben wir bei jeder Gelegenheit höhere Zulagen für sie gefordert, nicht etwa aus agitatorischen Gründen, sondern weil die Notwendigkeit vorlag. Wir haben damals die Beamten gewarnt, sich auf die Zukunft zu verlassen zu lassen. Jetzt fordern die Beamten selbst ganz allgemein Zulagen von 25 Proz. des Gehalts neben den Kriegszulagen. Ihre Forderungen gehen also noch weit selbst über die Anträge der Kommission hinaus. Wir fordern, daß

nicht wieder ein Glanzwerk,

sondern ganze Arbeit geschaffen wird. Die in dem Ministerialerlaß vom November festgelegten Sätze genügen bei weitem nicht den

Wünschen und Bedürfnissen der Beamten. Ganz unbegründet ist, daß man den Staatsarbeitern nur 10 M. Zulage für jedes Kind gibt, während die Beamten 30 M. erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mindestens in diesem Punkte sollten Sie über unseren Antrag, den Sie nicht genügend unterstützt haben, selbst aufkommen. Weiter ist auch unbegründet, daß die Arbeiter nur Teuerungszulagen erhalten sollen, soweit sie bisher keine wesentlichen Lohnerhöhungen erhalten haben. Damit ist es ein ziges Ding. Man sagt, manche Arbeiter seien in eine höhere Lohnklasse gekommen und hätten durch Ueberstunden mehr verdient. Nun, auch eine ganze Anzahl Beamten sind doch in höhere Gehaltsklassen aufgerückt, gehen aber deshalb doch der Kriegsunterstützung nicht verlustig. Außerdem haben doch diese Arbeiter auch eine entsprechend höher bewertete Arbeit zu leisten. Nach unserer Meinung müßten die Arbeiter, selbst wenn ihre Löhne um 50 bis 75 Prozent gestiegen wären, woran ja nicht zu denken ist, eine einmalige Teuerungszulage erhalten, da ja die Lebensmittelpreise prozentual um viel mehr gestiegen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Löhne der fiskalischen Vergarbeiter sollen sogar „riesig“ gestiegen sein. Nach den amtlichen Nachweisen betragen aber die Lohnsteigerungen bei den Vergarbeitern nur etwa 20 bis 35 Prozent, stehen also ebenfalls in keinem Verhältnis zur Lebensmittelteuerung, und noch viel weniger im Verhältnis zu den

enormen Gewinnen der Bergherren,

die um über 200 Proz. gestiegen sind. (Hört! hört! bei den Soz.) Das erklärt ja auch, warum in diesen Kreisen eine so fanatische Kriegshegeisterung herrscht. Ich erinnere an den Wig, der sich auf diese Kriegsgewinne bezieht: „Das Geschäft geht glänzend, wenn nur kein Unglück dazwischen kommt, ein vorgezeigter Friede.“ (Hört! hört! bei den Soz.) Das ist ein sehr blutiger Wig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Solange die Beamten und Staatsarbeiter diese Zusammenhänge nicht erkennen, wird dieses wahnwitzige Völkermorden kein Ende nehmen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Auch die laufenden Kriegsheilfisen müßten wesentlich erhöht werden. Wir beantragen, die monatliche Teuerungszulage für jedes Kind auf 10 M. zu normieren. Jetzt beträgt sie 4 M., 10 M. bedeutet 250 Pf. pro Tag, das reicht gerade aus, um einen Heringschwanz oder 1/2 Pfund Äpfel zu kaufen. Ich appelliere also an Ihr soziales Gewissen, daß Sie unsere Anträge wieder aufnehmen. Jetzt sind die Unterstützungen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. In der Kommission hat sich ja mancherlei Verständnis für die trostlose Lage der Beamten gezeigt. Leider ist es aber bei den guten Wünschen geblieben. Davon werden die Arbeiter und Beamten jedoch nicht satt. In anderen Ländern ist man viel weiter gegangen, als bei uns. Oesterreich-Ungarn z. B. hat den Beamten 300—600 Kr. zugelegt. Daß die Beamten von dem Ministerialerlaß sehr enttäuscht sind, beweisen ihre erneuten Petitionen. Auch die Forst- und Wasserbauarbeiter leiden natürlich sehr unter diesen Notständen.

Die finanziellen Bedenken können hier keine ausschlaggebende Rolle spielen. Diese Teuerungszulagen bilden einen Teil der Kriegskosten, die jetzt schon etwa 70 Milliarden ausmachen. Was bedeuten da 50 oder 100 Millionen. Wir brauchen nicht nur Granaten, sondern auch eine ausreichende Volksernährung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß sind es geradezu grauenhafte Ausgaben, die uns nach dem Kriege bevorstehen, aber lästlich ist doch gerade die Volkskraft und die Volksgesundheit das einzig reale Kapital, das uns dann übrig bleibt, das wir also unter allen Umständen erhalten müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) 200 oder auch 300 Millionen sind nicht zuviel, wenn es sich um die Gesundheit von Millionen und aber Millionen handelt. Wenn der Finanzminister solche Ausgaben vor sich sieht, dann wird er vielleicht eher seinen Einfluß geltend machen

im Sinne einer Begrenzung der Kriegsausgaben.

Ich erinnere an die neuzeitliche Ausrufung des Herrn v. d. Osten: „Wir verbitten uns jede Friedensvermittlung.“ Rein, wir ersehnen und erhoffen sie gerade, auch im Interesse unserer Beamten und Staatsarbeiter, die weiter mit leiden, je länger der Krieg dauert. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

So schlecht ist die Lage der Eisenbahnarbeiter nicht, wie sie der Vorredner schilderte. Verheiratete Eisenbahnarbeiter mit zwei Kindern bekommen etwa 20—25 Proz. mehr als im Frieden. Uebrigens ist erst kurz vor dem Kriege eine erhebliche Erhöhung ihrer Löhne erfolgt. Der Vorredner hat von den hohen Kriegsgewinnen der Industrie gesprochen, und hat gefordert, daß die Kriegindustrie ein Interesse an der Verlängerung des Krieges hätte. (Hört! hört! und Applaus rechts.) Das ist Klassenhaß schlimmster Art, den Sie (zu den Sozialdemokraten) in dieser schweren Zeit doch unterlassen sollten. Gegen ein solches Vorgehen lege ich im Namen der Regierung Verwahrung ein. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit, Abg. Ströbel: Das ist bezeichnend! — Zuruf rechts: Für Sie!)

Abg. Defins (Sp.):

Wir hätten gerne den Beamten und Arbeitern noch mehr bewilligt, aber es war nicht mehr zu erreichen. Die Verbesserungen sind nicht so unwesentlich wie Herr Ströbel behauptet. Wir haben allerdings weitergehende Wünsche. Ähnliche Verbesserungen wie in Preußen müßten auch im Reich geschaffen, insbesondere muß den Lehrern sofort geholfen werden, auch den Altrentnern. (Bravo! links.)

Abg. Just (natl.):

Die Beamtenfrage ist die stärkste Stütze unseres Staates. (Bravo!) Die Mittel zur Linderung ihrer Not müssen wir bewilligen. Die Beschlüsse des Ausschusses bedeuten eine wesentliche Verbesserung, die Gefahr der Unterernährung der Beamten wird dadurch beseitigt. Unsere Beamten werden uns für unsere Beschlüsse dankbar sein, dem Vaterlande erweisen wir damit einen Dienst. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Dr. Wagner-Dreskau (fl.) spricht sich ebenfalls für die Kommissionsbeschlüsse aus.

Die Debatte wird geschlossen. Die Anträge der Kommission werden einstimmig angenommen.

Darauf wird das Gesetz betr. Abänderung des preussischen Gerichtskostengesetzes sowie der Gebührenordnung für Notare und der gesetzlichen Bestimmungen über die Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher, das lediglich eine Konsequenz des entsprechenden Reichsgesetzes vom Reichstag angenommenen Gesetzes ist, in erster Lesung erledigt.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr: Diberniabotlage, Wohnungsgesetz. Schluß 4 1/2 Uhr.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus verhandelte am Donnerstag über den Antrag seiner verstärkten Sozialhauskommission betreffend Teuerungszulagen und Kriegsheilfisen für Staatsbeamte, Staatsarbeiter und Volksschullehrer. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, die

auf Abänderungsvorschläge verzichtet hatten, beantragten die Sozialdemokraten eine Reihe von Verbesserungen insbesondere für die Unterbeamten, Hilfsbeamten und Lehrer, sowie eine höhere Bemessung der für jedes Kind in Aussicht genommenen Beihilfe. Bedauerlicherweise fand der Antrag wieder nicht die erforderliche Unterstützung.

Während alle Redner der bürgerlichen Parteien sich auf zustimmende Erklärungen zu den Anträgen des Ausschusses beschränkten, denen auch die Regierung nicht ablehnend gegenübersteht, begründete Genosse Ströbel in längerer Rede die sozialdemokratischen Forderungen. Er entrollte ein anschauliches Bild von der Lage der Beamten und Staatsarbeiter, um am Schluß auf die neue der Friedensgenügsamkeit des übergroßen Teils des deutschen Volkes Ausdruck zu verleihen. Obwohl sich unser Redner in durchaus sachlichen Betrachtungen erging, hielt es der Vizepräsident des Staatsministeriums v. Breitenbach doch für angeeignet, ihm den Vorwurf zu machen, daß er Klassenhaß der schlimmsten Art gefaßt habe.

Wie nicht anders zu erwarten, endete die Debatte mit der einstimmigen Annahme der Kommissionsanträge.

Das Haus erledigte dann noch in erster Lesung den Gesetzentwurf betr. Abänderung des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher. Die Beratung der Dibernia-Vorlage und des Wohnungsgesetzentwurfs wurde auf Sonnabend vertagt.

Herrenhaus.

Der Männerstolz des D. S. B.

Nach kaum anderthalbstündiger Sitzung ist das Herrenhaus gestern in die Weihnachtsferien gegangen. Es war eine wirkliche Sitzung, denn außer dem Präsidenten und den Berichterstattern hatte es niemand — oder wie der verstorbene Präsident Ranteuffel zu sagen pflegte: „kein Mensch“ — nötig, sich zum Reden zu erheben. Debattelos erledigte man noch ein paar Rotberordnungen, die Wasserbauentwässerung, die Regierungsvorlagen über den Vorstoß im katholischen Kirchenvorstand der guten Stadt Frankfurt am Main und über die Abklärung des juristischen Vorbereitungsdienstes für den Verwaltungsdienst, soweit es sich um Kriegsteilnehmer handelt. Debattelos wurden auch die Petitionen erledigt, nachdem der Breslauer Oberbürgermeister Mattia den Uebergang zur Tagesordnung über das Verlangen des Deutschnationalen Handlungsgeliffenverbandes um Nichtunterstellung männlicher unter weibliche Beamte und um Schutz der Angestellten nach dem Kriege vor der Frauenkonkurrenz kräftig befürwortet hatte. Die Petition, sagte Herr Matting, wolle der Entwicklung in die Speichen fallen; wir hätten jetzt auch dringendere Sorgen.

Herr Matting hatte Beifall, und die Petition verfiel in den Papierkorb. Der Deutschnationale Handlungsgeliffenverband aber hat jetzt die Weisung, daß er der Entwicklung in die Speichen fallen will, und daß er diese Weisung nicht vom preussischen Herrenhaus bekommen hat, ist überaus reizvoll.

Wollte man wirklich durch Gesetz bestimmen, daß nur Männer Vorgehete von Frauen, nie aber Frauen Vorgehete von Männern sein dürfen, so müßte man die Männer zunächst einmal gesetzlich verpflichten, Klüger zu sein als die Frauen. Eine solche Verpflichtung darf aber den Vorstandsgliedern des D. S. B. nicht auferlegt werden. Sie würde gegen den Rechtsgrundfaß verstoßen, daß niemand über das Können hinaus verpflichtet werden darf.

Was sagen die französischen Sozialisten zu Trepow?

Die „Verner Tagwacht“ setzt sich in einem Leitartikel, betitelt „Russische Kriegsziele“, mit der Eroberungsrede des russischen Ministerpräsidenten Trepow auseinander. Freyen um Freyen, meint sie, viele der Schleier, der anfangs über die Eroberungsziele der Kriegführenden gebreitet war:

Als erste, die ihre Ziele teilweise, wenn auch nur in allgemeiner Form zu erkennen gab, tritt die deutsche Regierung auf, die durch den Mund des Kanzlers verkündet sich, daß sie Sicherung der Grenzen fordert, wozu territoriale „Abrundungen“ gehören.

Die territorialen „Abrundungen“ sind eine kleine — Erfindung der „Verner Tagwacht“, denn davon hat der deutsche Kanzler kein Wort gesprochen. Aber ohne diesen eigenmächtigen Zusatz hätte man ja kein „Eroberungsziel“ der deutschen Regierung konstruieren können; und das geht doch nicht an, daß in einem so neutralen Blatte, wie der „Verner Tagwacht“ die deutsche Regierung besser dastünde als die feindlichen Staaten.

Davon abgesehen, legt der Artikel der „V. T.“ ganz richtig dar, daß die Rede Trepows dem heuchlerischen Gerede der Entente vom „Schutz der kleinen Staaten“ ein Ende mache und nackt ihre Eroberungsziele zeige. Namentlich gelte das von der Forderung auf Konstantinopel. Aber Trepow habe sich, als er Konstantinopel verlangte, auf ein Abkommen zwischen den Ententeregierungen von 1915 berufen, es handle sich also nicht um einen einseitigen, selbständigen Akt Russlands, sondern Trepow verkünde das Programm der Entente. Aber von diesem Programm kenne man jetzt nur einen Teil: das Kriegsziel Russlands, und auch das wahrscheinlich nicht vollständig. Und nun fährt die „V. T.“ fort:

Selbstverständlich beruht das Uebereinkommen auf gegenseitigen Konzessionen der Entente-Regierungen, mag es sich vorläufig auch nur um das Best eines unerlegten Vären handeln und mag das Vordringen der Zentralmächte auf rumänischem Gebiet einen etwas schrillen Kommentar zu der Rede Trepows bilden. Was aber haben sich die Entente-Regierungen zugesichert? Das ist die große Frage des Tages. Was bekommt Frankreich, was England? Was in Europa, was in den Kolonien? Was ist der Inhalt des ganzen Programms der gemeinsamen Kriegsziele? Diese Fragen haben ihre besondere Bedeutung für die französische sozialistische Partei. Wird sie nun ihre Verprechungen, die sie feierlich ablegte, einlösen? Wird sie sich der Verantwortung für den Krieg entledigen, der nach der Dumarede des russischen Ministerpräsidenten: auch vom Standpunkt des französischen Sozialpatrioten aus angesehen hat ein Verteidigungskrieg zu sein und offen als Eroberungskrieg gekennzeichnet ist? Nicht nur, daß Trepow sprach von dem 1915 abgeschlossenen Uebereinkommen — das Programm der Eroberungen ist also zwischen den Entente-Regierungen schon längst vereinbart worden — in einer dieser Regierungen sitzen drei Sozialisten, zwei als vollgültige Minister! Haben diese Minister, haben Sembat, Guesde und Thomas Rennevis von den Eroberungs-

Plänen gehabt? Haben sie der französischen Partei davon Mitteilung gemacht? Und wie stellt sich die Partei jetzt, nachdem die Eroberungsziele des Krieges offiziell verkündet und die Mitwirkung Frankreichs an der Eroberung Konstantinopels zugunsten Russlands bestätigt wurde, zu diesen Tatsachen?

Uns scheint die Antwort gar nicht so schwer. Es genügt, daran zu erinnern, daß die französischen Minister-Sozialisten ja schon seit Jahr und Tag offen für ihr eigenes Land die Annexion Elsaß-Lothringens als Kriegsziel erklärt haben. Wenn sie die russischen Annexionspläne auf Konstantinopel unterstützen, handeln sie nur konsequent.

Dietsch Schäfers Lockungen.

In der „Täglichen Rundschau“ veröffentlicht der durch seine U-Boot-Petition zu größerer Bekanntheit gelangte Professor Dietsch Schäfer einen Artikel „Verteidigungsstrategie“, der den offensichtlichen Zweck verfolgt, die Sozialdemokratie für sein alldeutsch-annexionistisches Kriegsziel zu gewinnen. Wir sollen davon überzeugt werden, daß dieses Kriegsziel durchaus nicht mit unserem Programm und unseren Prinzipien im Widerspruch steht.

Wir müssen Herrn Schäfer trotz aller einschmeichelnden Höflichkeit, mit der er uns begegnet, ein glattes „Nein“ entgegensetzen. Seine Argumentation ist keineswegs neu für uns; sie lautet:

Wir sind die Angegriffenen. Haben wir unserer Selbst-erhaltungspflicht genügt, wenn wir nichts tun, als den Angriff ab-schlagen? Wer so urteilt, der muß des Glaubens leben, daß die Angriffe, einmal abgewehrt, nie auf den Gedanken kommen werden, den Versuch zu wiederholen. . . . Muß man aber erneuten Angriff in Rechnung stellen, so erwacht auch die unabwendbare Pflicht, ihm nach Kräften vorzubeugen. Möglich ist das nur, wenn man dem Angreifer tadellos die Waffen aus der Hand nimmt.

Ah, wie oft haben wir das gehört und wie oft darauf erwidert, daß erst durch solche Annexionen „zur Schwächung des Gegners“ das Gespenst des Revanchekrieges mit Gewalt herausbeschworen, die neue Koalition gegen Deutschland unseren Feinden fast aufgezwungen wird. Und daß andererseits auch das ausschweifendste Annexionsprogramm die vereinigten Mächte Englands, Russlands, Frankreichs, Italiens und der kleineren Satelliten nicht so schwächen könnte, daß diese aufhörte, fürchtbar zu sein. Wir wollen nicht den nächsten Weltkrieg vorbereiten, sondern ihn vorbeugen.

Mit Belgien sucht uns Prof. Schäfer weiter zu lockern. Was denn, — wer wolle denn Belgien gleich annektieren?

Gut daran irgend jemand in Deutschland im Ernste gedacht? Wohl aber hat der Reichskanzler erklärt, daß Belgien nicht als Vorwerk gegen Deutschland ausgebaut werden, nicht ein Einfallstor für die Feinde bleiben solle, dem reichbegabten värmischen Volke auch die Möglichkeit gegeben werden müsse, sich in seiner alten und reichen Kultur neu auszuleben.

Und nun malt uns Prof. Schäfer das Zukunftsbild eines besonderen Vla menstaats als westliches Pendant zu dem neu errichteten Königreich Polen, um dann triumphierend auszurufen:

Es ist hier nicht zu untersuchen, warum die Vertreter der Sozialdemokratie zugleich treueste Kampfgesellen sind und doch glauben, „Annexionen“ ablehnen und vom „Verteidigungsstrategie“ reden zu sollen. Weht man von den Worten auf die Sache, so schwindet der Gegensatz dahin wie ein Schatten.

Gemach, Herr Professor Schäfer, so schnell schwindet der Gegensatz nicht. Es ist ein Unterschied, ob man ein Volk, das seit 125 Jahren mit immer erneuten Opfern um die verloren gegangene staatliche Selbständigkeit ringt, wieder auf seine Beine stellt und damit seinen heißesten Wunsch erfüllt, oder ob man ein Volk, das sich trotz einzelner Zurücksetzungen im ganzen durchaus nicht als geknechtet und unterdrückt fühlt, gegen seinen Willen aus dem bisherigen Staatenverband herausreißt. Mehr wollen wir hier nicht sagen.

Aber Herr Schäfer hat noch ein letztes Lockungsmittel, er winkt uns mit der innerpolitischen Freiheit, die nur zu erreichen sei, wenn sein Programm der nationalen Erweiterung siegreich bleibt:

Es kommt darauf an, daß wir aus diesem Kriege hervorgehen als ein anerkannt starkes Volk, das anzugreifen auch un-vernünftige Gegner nicht so leicht wieder wagen möchten. Sind wir stark, so sind wir auch frei. Das Volk, das diesen Krieg siegreich durchfocht, kann auch im Frieden nur nach seinem Willen regiert werden. Eine Niederlage aber begräbt uns alle; der Freiheit, die wir nach ihr etwa genießen möchten, wird sich keiner freuen können. Eine Niederlage aber wäre es, wenn wir in den alten Grenzen festleben sollten, gedrückt von der ganzen Last der Kriegskosten und in steter Gefahr, von der unaufhaltsam wachsenden Macht der Weltreiche völlig germalmt zu werden. Also Verteidigung, auch in der Zukunft, außerhalb, nicht innerhalb der eigenen Grenzen.

Auch die demokratische Volksliste verlockt uns nicht. Gewiß, auch uns Sozialdemokraten reizt nicht die Aussicht auf freiheitliche Zustände in einem zertrümmerten, ohnmächtigen Deutschland. Wir wissen ebenso lange, wenn nicht noch länger als Herr Schäfer, daß wirkliche innere Freiheit äußere Unabhängigkeit voraussetzt. Das ist ja der Hauptgrund, warum wir energisch und aktiv an Deutschlands Verteidigung mitwirken. Aber wenn Herr Schäfer erklärt, dieses Verteidigungsziel, das uns vorwärtszieht, wäre nicht erreicht, es bedeute vielmehr die komplette Niederlage, wenn wir in unseren bisherigen Grenzen fortleben, so richtet sich die Maßlosigkeit einer solchen Behauptung von selber. Wir, Herr Schäfer, halten eine solche Abwehr der feindlichen Eroberungs- und Vernichtungsgelüste, erlärmt gegen die ganze Welt in Waffen, für einen herrlichen unvergänglichen Sieg, gleich ruhmvoll dem Sieg Friedrichs im Siebenjährigen Kriege!

Und noch eins: Das Herr Schäfer verheißt, ist erst die Möglichkeit einer innerlich freiheitlichen Regierung, nicht diese selber. Und da meinen wir, daß der Kampf für die Freiheit um so leichter zu gewinnen ist, je weniger das Staats-ganze belastet wird durch Nationalitätenstreit und ewigen Gader mit fremdländischen Gebietsstücken. Deswegen erscheint unser Weg zur Freiheit uns als der richtige.

Sie wittern Deute!

Die konföderativ gerichteten „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben zu der bevorstehenden Wahl in Spandau-Potsdam-Osthavelland:

Die seitlichen Vorgänge bei der Aufstellung eines Kandidaten für die Wahl, welche in dem Wahlkreise Osthavelland-Potsdam-Spandau wegen Mandatsverleibung infolge des gegen Dr. Liebknecht ergangenen Strafurteils notwendig geworden ist, legen die Frage nahe, ob gegenüber der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft von einem Verzicht der anderen Parteien noch ernstlich die Rede sein darf. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat sich nach der Auffassung großer Teile unseres Volkes durch die Ablehnung der Kriegs-kredite außerhalb der vaterländischen Gemeinschaft gestellt. Ebenso hat diese sozialdemokratische Gruppe das Vaterland im

Stich gelassen, indem sie allein gegen das Gesetz betreffend den vaterländischen Hilfsdienst gestimmt hat. Gegen verschiedene Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hat der Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich den vernichtenden Vorwurf erhoben, daß sie die Geschäfte unserer Feinde besorgten! Dazu kommt endlich noch, daß sich das sozialdemokratische Wahlkomitee des Kreises sogar für die Aufstellung eines Kandidaten der sogenannten Spariatiparier, d. h. eines Vertreters derselben Richtung, der Dr. Liebknecht angehört, entschieden hat, ohne den Einwänden, die seitens der sozialdemokratischen Mehrheitsgruppe erhoben wurden, Beachtung zu schenken. Unter diesen Umständen könnte es nicht wundern, wenn für den Fall der Aufrechterhaltung einer Kandidatur der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft von der bisherigen Leitung abgewichen und ein gemeinsamer Gegenkandidat der anderen Parteien aufgestellt wird.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ sollten wenigstens ihren Appetit so lange zügeln, bis die Frage der Kandidatenaufstellung definitiv seitens der Partei entschieden ist.

Gesetz über den Kriegszustand.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das vom Reichstag beschlossene Gesetz über den Kriegszustand, dessen einziger Artikel lautet:

Wie zum Erlaß des in Artikel 68 der Reichsverfassung angeführten Gesetzes über den Kriegszustand wird gegenüber den Anordnungen der Militärbehörden eine militärische Zentralinstanz als Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle errichtet. Die näheren Anordnungen ergehen durch kaiserliche Verordnung.

Diese kaiserliche Verordnung wird gleichzeitig mit-berücksichtigt, und sie besagt in ihrem § 1:

Aufsichts- und Beschwerdestelle gegenüber den Anordnungen, die die Militärbehörden auf Grund des Kriegszustandes treffen, ist ein Obermilitärbefehlshaber mit dem Sitz in Berlin. § 2 sagt: Für die Beschwerden an den Obermilitärbefehlshaber gilt folgendes: Die Beschwerde ist zulässig gegen Verfügungen, die im Einzelfall zum Gegenstand haben:

a) Beschränkungen der persönlichen Freiheit, soweit nicht das Gesetz, betreffend die Verhaftung und Aufsichtsbefchränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1918 Anwendung findet.

b) Zensurmaßnahmen gegenüber der Presse sowie gegenüber den Theatern, Lichtspieltheatern und anderen Schaustellungen;

c) Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit. Das Beschwerderecht steht dem zu, gegen den die Verfügung des Militärbefehlshabers gerichtet ist. Die Beschwerde wird bei dem Militärbefehlshaber eingelegt, der die Verfügung getroffen hat. Erachtet er die Beschwerde für begründet, so hat er ihr abzuhelfen, andernfalls ist sie sofort dem Obermilitärbefehlshaber vorzulegen.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung, jedoch kann der Vollzug der angefochtenen Verfügung sowohl vom Militär-befehlshaber, als auch vom Obermilitärbefehlshaber ausgesetzt werden.

Erachtet der Obermilitärbefehlshaber die Beschwerde für be-gründet, so kann er die erforderliche Verfügung selbst treffen oder dem Militärbefehlshaber übertragen.

Der Bundesrat nahm gestern den Entwurf einer Verordnung, betreffend Erhebungen über Trocknungseinrichtungen an.

Kabinettsänderungen in Bayern.

Der Staatsminister des Innern Dr. Freiherr von Soden-Fraunhofer und der Kriegsminister Freiherr Kreh von Kressenstein haben um Enthebung von der Leitung ihrer Ministerien gebeten. Der König hat ihrem Ansuchen entsprochen. Zum Staatsminister des Innern wurde der derzeitige Präsident der Regierung von Unterfranken und Schaffenburg, Staatsminister a. D. Dr. Ritter von Brettreich ernannt. Mit der einstweiligen Führung der Geschäfte des Kriegsministeriums wurde der General der Kavallerie z. D., Staatsrat Freiherr von Speidel betraut.

Sozialdemokratische Interpellationen.

Im württembergischen Landtag, der am 6. Dezember zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten ist, hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Interpellationen eingebracht:

Welche Maßregeln gedenkt die Regierung zu treffen, um

1. den wilden Handel mit Nahrungsmitteln aller Art und die dadurch bewirkten Preistreiberien zu verhindern;
2. eine stärkere Anlieferung von Lebensmitteln aus anderen Bundesstaaten zu erreichen, auf die Württemberg im Austausch gegen die von ihm abgelieferten Produkte Anspruch hat;
3. die Gemeinden zu einer umfassenden Organisation der Massenleistungen anzuhelfen und bei der Beschaffung der erforderlichen Einrichtungen und Lebensmittel zu unterstützen?

Ist die Regierung bereit, im Bundesrat für eine Erhöhung der Brot- und Mehlmengen zum Ausgleich für die fehlenden Kartoffelmengen einzutreten?

Ist die Regierung bereit,

1. den staatlichen Beamten, Unterbeamten und Arbeitern vor dem Weihnachtstfest einmalige Zuschüsse im gleichen Umfang zu gewähren, wie solche von der Reichs- und der preußischen Regierung gewährt werden;
2. die den Familien der Arbeiter und nicht etatsmäßigen Unter-beamten des Staates, die zum Heeresdienst eingezogen sind, ge-währten Beihilfen in Rücksicht auf die hohen Lebensmittelpreise zu erhöhen?

Die Interpellationen werden erst in der nächsten Woche be-handelt werden. Die Gewährung einer Weihnachtsgulde an die Arbeiter, Unterbeamten und geringbesoldeten Beamten ist, wie nach Einreichung der Anfrage bekannt wurde, in Aussicht genommen.

Außer diesen Fragen hat der Landtag in der Hauptsache einen Nachtragsetz zu beraten, der vier Millionen Mark für die Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege und zur Gewährung von Darlehen an hilfsbedürftige Kreise des Mittelstandes anfordert.

Das Eisenbahnunglück bei Hercegghalom.

Interpellation im ungarischen Abgeordneten-hause.

Budapest, 7. Dezember. Im Abgeordnetenhaus erklärte Handelsminister Baron Szarvaski auf eine Interpellation wegen des Eisenbahnunglücks bei Hercegghalom, wenn behauptet werde, er habe zur Herbeiführung des Unglücks beigetragen, da auf einer Zwischenstation angeordnet worden sei, der zweite Teil des aus Wien in zwei Teilen abgelassenen Zuges sollte den ersten überholen, so müsse er feststellen, daß er, der im zweiten Teil gefahren sei, eine derartige Weisung nicht erteilt habe. Man habe auch behauptet, daß eine allzu-große Anzahl Eisenbahner zum Frontdienst einberufen worden sei, wodurch Überanstrengungen der Zurückgebliebenen eingetreten seien, welche die gegenwärtig ungemein hohen An-forderungen des Transportdienstes kaum bewältigen können. Der Minister bemerkt hierzu, daß letzthin ein nicht unerheblicher Teil der Eisenbahner wieder zum Eisenbahndienst zurückbeordert worden sei und daß der Dienst mit der größten Eile versehen werde. Was eine Entschädigung der An-gehörigen der Verunglückten betreffe, so werde entsprechende Vor-sorge getroffen werden. Eine umfassende Untersuchung über die Ur-sache der Katastrophe sei eingeleitet und es werde alles ausgedehnt

werden, damit künftighin solche Unglücksfälle ausgeschlossen werden. Der Interpellant sowie das Abgeordnetenhaus nahmen die Antwort des Handelsministers zur Kenntnis.

Aus Groß-Berlin.

Diphtherieerkrankung durch die Schule.

An der Weiterverbreitung ansteckender Krankheiten des Kindesalters ist die Schule stark beteiligt. Die Ärzte wußten das seit langem, und immer wieder haben sie durch ihre Beobachtungen und Untersuchungen den Beweis dafür erbracht. So manche Mutter von schulpflichtigen Kindern ist erst durch eigene und bitterste Erfahrungen darüber belehrt worden. Zu sorgsamher Vorsicht mahnt die Gefahr, die den Kindern aus den in Berlin sich jetzt wieder häufenden Diphtherieerkrankungen droht. Ein Fall von Diphtherie-übertragung, die in diesem Herbst sich in einer Berliner Gemeindegemeinschaft unter besonderen Umständen vollzogen hat, wird bekannt aus einer kürzlich ergangenen Verfügung der städtischen Schuldeputation. Am 24. November dieses Jahres richtete die Schuldeputation an alle Gemeindegemeinschaften folgendes Schreiben:

„Das städtische Medizinalamt hat uns mitgeteilt, daß in einer Schule eine größere Anzahl von Kindern dadurch an Diphtherie erkrankt ist, daß mehrere von ihnen hintereinander aus einer der Milchflaschen ge-trunken haben, die für sie zum ersten Frühstück bereit gehalten werden. Es ist mit Sicherheit an-zunehmen, daß ein von den Kindern Bazillenträger gewesen ist und die übrigen Kinder angesteckt hat; bedauerlicherweise sind hier-durch sogar zwei Todesfälle zu verzeichnen gewesen. Um derartige Vorkommnisse für die Folge nach Möglichkeit zu ver-meidern, ersuchen wir, dafür Sorge zu tragen, daß die Kinder, die des Morgens Milch erhalten, sich von Hause einen Trinfleber mit-bringen; ein Trinken aus der Flasche ist unter allen Umständen zu verbieten.“

Es handelt sich hier um bedürftige Kinder, denen in der Gemeindegemeinschaft vor Unterrichtsbeginn ein warmes Frühstück unentgeltlich verabreicht wird. Der Mißgriff, daß dabei mehrere Kinder einfach aus der Milchflasche tranken, hätte bei hinreichender Aufsicht nicht vorkommen können. Die Ver-fügung der Schuldeputation erinnert an den Brunnen, der zugebeckt wurde, nachdem das Kind hineingefallen war. Daß die Diphtherieübertragungen tatsächlich auf die geschilderte Art zustande gekommen sind, wird man gegenüber der vom Medizinalamt so bestimmt ausgesprochenen Annahme kaum bezweifeln dürfen. Die Gefährlichkeit der als Bazillen-träger bezeichneten Personen, die mit Ansteckungs-keimen behaftet sind und sie auf andere Personen übertragen, ohne selber zu er-kranken, wird noch viel zu sehr unterschätzt. In dem Kampf gegen Diphtherieerkrankung durch die Schule, den seit Jahren das Medizinalamt der Stadt Berlin führt, wird alles Mögliche getan, auch eine rechtzeitige Erkennung und schleunigste Aussonderung der Bazillenträger zu erreichen.

Das Ende des Kartoffelbrots und anderes.

Vom 1. Januar ab soll das Brot keinen Kartoffel-zusatz mehr erhalten. Die Brotstreckung soll durch stärkere Ausmahlung des Roggens: 98 statt 81 Proz., erreicht werden. Infolge der jetzigen Kartoffelknappheit verliert die Streckung des Brotes durch die rarer gewordene Erbsfrucht ihren Sinn. Wie das Kriegsernährungsamt mitteilt, wurde die ur-sprünglich umfangreich in Aussicht genommene Kartoffel-trocknung bereits wesentlich herabgesetzt. Auf Brotstreckung mit Trockenkartoffeln soll ganz verzichtet werden, und die Fabriken sollen möglichst unter Verwendung anbrüchiger Kartoffeln nur so viel herstellen, wie für die Heeresverwaltung und einige technische Bedürfnisse nötig ist. In den Monaten Januar bis Mai soll die Bevölkerung größere Mengen der aufgestapelten Vorräte von Teigwaren, Grieß, Graupen und Haferpräparate erhalten.

Die Neuierung ist zuerst von Herrn Stegerwald bei einem Vortrage in Reddinghausen mitgeteilt und dann auf Anfrage der Presse vom Kriegsernährungsamt be-stätigt und ergänzt worden. Warum überläßt man derart wichtige Befanntgaben dem Zufall oder dem Gut-dünken der im Ernährungsamt sitzenden Herren, die von ihrer Wissenschaft bei mehr oder weniger privaten Veranstaltungen Gebrauch machen? Herr Stegerwald versichert, daß die Lage des Lebensmittelmarktes im allgemeinen so sei, daß wir mit dem Vorhandenen auskommen könnten. Auch wir sind der Ansicht, daß der Fehler bei weitem mehr in der mangel-haft organisierten Verteilung und Heran-schaffung liegt. Wie wäre es sonst denkbar, daß jetzt wieder bei manchen Berliner Bäckern zahlreiche Familien mit vier Köpfen nur ein Brot und die mit mehr als vier An-gehörigen zwei Brote bekamen. Kartoffeln gab es nur auf eine Karte für jede Familie oder gar keine. Viele Familien haben Kartoffelkarten verfallen lassen müssen, obwohl die Frauen stundenlang gestanden haben. Dabei kann nicht bestritten werden, daß die Versorgung der von den ärmeren Schichten bewohnten Viertel schlechter ist als die der anderen. Wie lange noch wollen die Konjunkt-gewart werden, bis sie mit dem dem bitteren Ernste der gegenwärtigen Zeit angepaßten Maß von Tatkraft und Ueber-legung handeln werden?!

Keine Freigabe des Verkaufs von Gemüsekonserven.

Durch einen Teil der Presse ging dieser Tage die Nach-richt, daß von Mitte dieses Monats ab der Handel mit Spargel- und Erbsenkonserven freigegeben werden solle. Wie wir mitteilen können, ist diese Nachricht verfrüht. Wir möchten aber bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß eine unbeschränkte Freigabe des Gemüsekonservenverkaufs zu den bereits festgesetzten Höchstpreisen zweifellos belebend auf die Hamsterinstinkte gewisser Bevölkerungsteile einwirken wird. Den hieraus entstehenden Gefahren vorzu-beugen, gibt es keinen anderen Weg als den von der sozial-demokratischen Partei seit nunmehr 2 1/2 Jahren immer wieder empfohlenen: geregelte Verteilung auch der Gemüsekonserven durch Lebensmittel-karten. Durch den Aufschub der Freigabe des Verkaufs ist hinlänglich Zeit gewonnen, die hierfür notwendigen Maß-regeln zu treffen. Wir erwarten außerdem mit Bestimmtheit, daß nichts veräußert werden wird und daß die zuständigen Behörden es uns ersparen werden, neben den anderen ge-wöhnlich Reizentzügen vor den Lebensmittelkäden später auch noch das Schauspiel des Anstehens nach Gemüsekonserven zu erleben.

Der „Vorwärts“ auf Bahnhöfen.

Einer unserer Leser schreibt uns, daß auf seine Anregung die Bahnhofsbuchhandlungen von nun an besser als bisher mit Exemplaren des „Vorwärts“ sich versorgen werden, so daß also nicht mehr in den frühen Vormittagsstunden der „Vorwärts“ ausverkauft sein wird, was seit Monaten auf vielen Bahnhöfen regelmäßig der Fall war.

Leser, die den „Vorwärts“ auf Bahnhöfen zu kaufen pflegen, bitten wir, hiervon Notiz zu nehmen und uns zu berichten, wenn sie ihn nicht mehr vorrätig finden sollten, damit wir für Abhilfe sorgen können.

Die Teuerungszulagen an städtische Arbeiter und Angestellte.

Vom Magistrat Berlin wird uns geschrieben: Schritt haltend mit der ständig steigenden Verteuerung der Lebenshaltung hat sich der Magistrat von Berlin veranlaßt gesehen, die während des Krieges gewährte Kriegszulage zu den Friedenslöhnen, -vergütungen, -gehältern seiner Arbeiter, Angestellten, Lehrer und Beamten weiter auszubauen. Es sind einerseits die bisher gegebenen einzelnen Sätze wiederum erhöht, und andererseits ist der Kreis der Einkommen, die an der Kriegszulage teilhaben sollen, erheblich erweitert worden. Die der Stadtverordnetenversammlung unterbreitete Vorlage sieht vor: bei Ledigen mit einem Gesamteinkommen bis zu 3000 M., eine Zulage von 18 M. für Ledige über 18 Jahre (12 M. für Ledige unter 18 Jahren); für Kinderlos Verheiratete und solche Ledige, die in einem eigenen Hausstand Angehörige unterhalten, bis zu einem Einkommen von 4500 M. monatlich 25 M.; für Verheiratete mit Kindern für jedes Kind 5 M. monatlich mehr, also 30, 35 M. usw.; es werden hierbei berücksichtigt Kinder bis zum vollendeten 16. Lebensjahre; bis zum 18. Lebensjahre jedoch außerdem diejenigen Kinder, die während ihrer Ausbildung in Schule und Beruf ohne eigenes Einkommen sind und deswegen unterhalten werden müssen.

Im übrigen bleibt es bei den bisherigen Grundsätzen über die Kriegszulage, insbesondere hinsichtlich der Einkommens-Grenzfälle. Die neue Kriegszulage soll mit dem Beginn des neuen Jahres in Kraft treten.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützung.

Aus dem Rathaus wird uns geschrieben: Die Kriegsergehörigen haben in letzter Zeit die Auszahlung der Halbmonatsraten der Kriegsunterstützung in ungleicher Höhe irrtümlich aufgeschätzt und häufig der Meinung Ausdruck gegeben, daß ihnen die Beträge nicht voll gezahlt werden. Der in letzter Zeit herrschende Mangel an Kleingeld nötigte die Unterstützungskassen, die Zahlungen in der Weise auszugleichen, daß bei einem Zahlungstermin ein etwas höherer als der fällige Betrag, bei dem nächsten Zahlungstermin ein etwas geringerer Betrag zur Auszahlung gelangte. Nachdem am 1. November d. J. die Kriegsunterstützungssätze für die Kinder auf monatlich 7,50 + 7,50 = 15 M. festgelegt sind, werden alle Beträge in der fälligen Höhe ausbezahlt. Sollte infolgedessen bei etwaiger Veränderung der Unterstützungssätze durch Erhöhung der Rindeszinsen Mangel an Kleingeld wieder eine andere Zahlungsweise notwendig machen, so sind Besorgnisse vor einer etwaigen Kürzung nach wie vor unbegründet.

Das Palais-Theater am Zoo nimmt die Traditionen des Wintergartens geschickt und mit Erfolg auf. Wertvoll überaus, daß das Variété von dem Kriege in die Flucht geschlagen wurde. Wiewohl denn die abwechselungsreichen Künste der Akrobatik und der Dressur, die Höchstleistungen des gut geschulten menschlichen Körpers, die Ueberraschungen der Trückerie, die Lustigkeiten unserer Humoristen nicht mindestens soviel Unterhaltung wie die Kriegsskizze, Operetten und Kinos? Das Dezemberprogramm des Palais-Theaters ist jedenfalls geeignet, die Freude am Variété wieder zu wecken. Man erfreute sich an der erstaunlichen Kraftleistung der Handstandkünstler Alex und Hermann, lachte über die grotesken Jonglierer Toto und Ray und bewunderte die Gewandtheit der Schwestern Reley im Leiterakt. Eine recht gute komische Nummer boten die Parodisten Lapp und Gabel, die die großartigsten Kunststücke zu Wege bringen und — gleichzeitig die Trübs preisgeben. Mehr durch prachtvolle Gewänder (besonders die chinesischen waren ein Augenwunder) und schönen Körper denn durch ihren Tanz wirkte die „deutsch-chinesische“ Tänzerin Mabel May Hong. Ihre lebendigen Bilder gefielen besser als die bewegten Tänze. Bei allem Talent fehlt irgendwie das Fällende. Den Höhepunkt des Abends bildete Robert Steidl, der mit seiner unerwarteten guten Laune und den vielen guten Einfällen wirklich ausgiebig unterhält. Seine „lättigenden Phantasien“ ließen einen das Wasser im Munde zusammenlaufen, und seine Schlingenscherensereignisse und zum Auslichten lustigen Duets mit Anna Müller-Linde spotteten aller harten Zeiten. Den Liebhabern dressierter Tiere tat H. Steffin mit dem Pferde-Gundestras volles Genüge.

Im Lustspielhaus feiert „Der seltsame Waldun“ am Montag das Jubiläum der 250. Aufführung. An diesem wie am nächsten Sonntagabend finden die letzten Wiederholungen der „Pension Schöller“ statt. Als Schillervorstellung gelangt an diesem Sonntagabend die „Der Widerspenstigen Zähmung“ zur Darstellung. Laubendiebe verhaftet. In Noabit boten drei Männer einem Schankwirt 27 frisch geschlachtete Hühner und ein Kaninchen zum Kauf an. Der Wirt schöpfe Verdacht und benachrichtigte heimlich einen Schutzmann. Die Verhafteten sind gewerbsmäßige Meintierdiebe, die die Laubendiebe von der fälschlichen Vororte unsicher machten. Sie erbrachten dort alle Ställe und brachten ihre Beute mit der W-Wahn nach Berlin, um sie hier zu verkaufen. Die Eigentümer können die beschlagnahmten Tiere auf der Wache des 100. Reviers abholen.

Sitzes Busch. Am Sonnabend und Sonntag nachmittags sind wieder Vorstellungen der neuen Märchen-Pantomime „Weim Weihnachtsmann“. Auch hierbei hat, wie bisher, ein angehöriges Kind freien Zutritt und jedes weitere Kind zahlt nur den halben Eintrittspreis. Als Schluß der Abendvorstellungen die große Pantomime „Die Geierprinzessin“ mit der pompösen Ausstattung.

Werkblatt für Kleingartenbau. Zur Förderung des Kleingartenbau hat die Königliche Gärtnerlehranstalt in Berlin-Dahlem eine besondere Abteilung herausgegeben. Dieses Werkblatt wird umsonst an Kriegsteilnehmer abgegeben, die auf eigener oder gepachteter Scholle Obst- und Gemüsebau betreiben wollen. Es ist auch für die Teilnehmer der zahlreichen Kurse an der Anstalt bestimmt. Die Vereine der Laubendieben erhalten sie ebenfalls umsonst, wenn die Werkblätter durch den Vorstand gegen Einzahlung der Postgebühren verlangt werden. Das Werkblatt enthält allgemeine Regeln für die Herbst- und Frühjahrbestellung. In umschriebener Weise werden Arten, Ausfaat, Somenbedarf, Pflanzzeit, Pflanzweite, Erntezeit und empfehlenswerte Sorten angegeben. Beispiele erleichtern ein sauberes und sicheres Arbeiten.

Zeitweise Nichtbeförderung von Feldpostpaketen. Privatbriefsendungen im Gewicht über 50 Gramm (Feldpostpaketen) nach dem Feldheere, mit denen Weihnachtsgaben nach dem Felde gesandt werden sollen, müssen, damit sie rechtzeitig den Empfängern zugehen, bis spätestens zum 18. Dezember zur Post eingeliefert sein. In der Zeit vom 19. bis einschließlich 24. Dezember werden wegen der in diesem Jahre für den heimischen Weihnachtspaketverkehr bestehenden besonderen Schwierigkeiten keine nicht amtlichen Feldpostsendungen im Gewicht über 50 Gramm von den Postanstalten angenommen oder befördert. Die gleiche Verkehrsbeschränkung tritt mit Rücksicht auf den Reulhaberbrieftverkehr in der Zeit vom 29. Dezember bis einschließlich 2. Januar ein.

Bureaukratischer Geschäftsgang. 4500 Pfund Sätze, Schinken, Leberpasteten, Eisbeine, Würste usw. in Dosen waren von der Firma Mähm, Gombardstraße 4, dem Magistrat und der Reichsfleischstelle beschreibungsmäßig angemeldet worden. Nach mehreren Wochen wurde einmal angefragt, wie es denn mit diesen Waren stehe. Die Reichsfleischstelle erhielt die Auskunft, die Ware sei inzwischen verkauft. Es erfolgte diesmal prompt Anzeige und Ver-

urteilung zu 50 M. Strafe, weil A. die Ware ohne Genehmigung verkauft hätte. Die Strafkommission hat A. dann freigesprochen, weil die Sätze als leichtverderbliche Ware hätte schnell verkauft werden müssen und die Dosen von dem Gewicht der übrigen Fleischwaren in Abzug kommen. Danach verbleibe ein Reingewicht von weniger als 40 Zentner. Dieses rechtfertige den freihändigen Verkauf und die Freiproduktion. — Wieviel Waren mögen schon bei diesem Geschäftsgang verdorben sein.

Der Ladenpreis für Schweizerkäse. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H., Warenabteilung 18, Käse, gibt bekannt, daß der Ladenhöchstpreis für Schweizer Hartkäse (Emmentaler Käse) auf 2,50 M. für das Pfund festgesetzt worden ist.

Auch kürzlich lagen wir eine Mitteilung der Warenabteilung 18, Käse, wonach der Preis des Emmentalers von 2,30 auf 2,40 M. erhöht worden sei. Das war am 25. November. Seitdem haben wir aber weder Emmentaler noch anderen Hartkäse ertwischt können.

Schluß der Barbierläden an Sonntagen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Bestimmung über die Betriebsruhe in den offenen Geschäftsstellen des Barbier- und Friseurgewerbes, wonach der Betrieb an den Sonn- und Festtagen nur bis 2 Uhr nachmittags stattfinden darf, werden hierdurch in Erinnerung gebracht.

Von seinem 10jährigen Bruder erschossen wurde gestern nachmittags der 9 Jahre alte Sohn Willi des Ausschiffers Lange aus der Falkenstraße 28. Lange steht im Felde. Seine Frau arbeitet den Tag über außerhalb des Hauses. Gestern spielten die beiden Knaben, die allein in der Wohnung waren, Soldat. Dabei fiel dem älteren Gustaf der Revolver des Vaters, der irgendwo in der Wohnung lag, in die Hände. Ohne daß er wußte, daß er geladen war, zielte er auf die Stirn des jüngeren Bruders und drückte ab. Von einer Kugel tödlich getroffen, brach der Kleine zusammen und starb auf der Stelle.

Aus Gram über den tödlichen Unfall ihres Mannes versuchte sich gestern eine Kaufmannsrau aus der Wildnaderstraße das Leben zu nehmen. Der Mann, der ein Spinnereibetrieb betrieb, wurde, wie schon berichtet, an der Ecke der Wildnader- und Birkenstraße von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet. Seine Frau war über das Unglück ganz gebrochen. Gestern nachmittags fiel es Hausgenossen auf, daß die Zeitung vor der Tür liegen blieb. Der Vermieter, ein Schuhmann, ließ die Tür öffnen und fand die Frau befinnungslos auf dem Sofa liegen. Sie hatte die Gasbatterie der Lampe geöffnet. Samaritern der Feuerwehr gelang es, die Unglückliche mit dem Sauerstoffapparat ins Leben zurückzurufen. Sie wurde dann ins Krankenhaus gebracht.

Ein Raubüberfall im Laden. In der Neuen Königstraße übergab der Musikleiter Hans Wirth, der sich auf Urlaub hier befindet, vor einigen Tagen dem Uhrmacher Leo Braun eine Uhr zum Ausbessern. Gestern morgen kam er wieder, und während Braun einige Uhren hervorholte, ergriff Wirth einen Hammer, der auf dem Ladentisch lag, und verlegte ihm einen so wichtigen Schlag auf den Kopf, daß er zusammenbrach. Auf die Hilferufe der Frau, die sich im Hinterraum befand, ergriff der Räuber die Flucht, wurde aber ergriffen und der Wache des Alexander-Regiments übergeben. Er hatte einen kleinen Säckchen mit mehreren Brillanten gestohlen.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburg. In der jüngsten Stadtverordneten-sitzung wurden zunächst die beiden neu gewählten Stadtverordneten Prof. Dr. Fritz und Genosse Hoyer, der an Stelle des zum Stadtrat gewählten Genossen Ahrens tritt, eingeführt. Oberbürgermeister Dr. Scholz betonte, daß beide neu gewählte Stadtverordnete bekannte Männer seien, von denen Mitarbeit an den städtischen Aufgaben zu erwarten sei. Hoyer habe als Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses an der Regelung der Ernährungsfragen, die auch für die städtische Verwaltung zu den wichtigsten Aufgaben gehören, erfolgreich mitgewirkt; in seiner Doppelleienschaft als „Agrarier“ und Vertreter der Arbeiterinteressen verlorprete Hoyer in seiner Person gleichsam den Willen des gesamten Volkes zu einheitlichem Wirken in dieser ersten Zeit.

Von dem Jahresabschluss der Stadtkasse für 1915, der einen Fehlbetrag von fast 1 1/2 M. aufweist, wurde Kenntnis genommen. Er ist zunächst in das Rechnungsjahr 1916 übertragen worden. Debattelllos wurden für die Krankenanstalten 206 200 M. nachbewilligt. Eine kurze Diskussion rief die Vorlage betreffs Errichtung einer Waisenstiftung für Fürsorgerinnen hervor. Das Bedürfnis nach sachverständig ausgebildeten Fürsorgerinnen, für die die hohe Vorbildung als Krankenpflegerinnen heute nicht mehr als ausreichend gelten kann, ist während des Krieges besonders stark hervorgetreten. Die in Charlottenburg geplante Schule, die am 1. April 1917 im Leben treten soll, soll mit der Kaiserin-Augusta-Viktoria-Anstalt, in der alle Unterrichtsmittel für die wichtige Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in reichem Maße vorhanden sind, gemeinsam geleistet werden. Für die Vorbereitungen beantragt der Magistrat jetzt einen Betrag von 2000 M. und vom 1. April ab für die Verwaltung und Unterhaltung einen jährlichen Betrag von 4000 M. zu gewähren. Genosse Kappensteiner hob nachdrücklich das Interesse und die Pflichten der Gemeinden hervor, solche Bestrebungen wie die hier in Rede stehenden nach allen Kräften zu fördern. Die Vorlage wurde einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen. — Eine weitere Vorlage verlangte 510 000 M. zur Erweiterung der Ofenanlage auf Gasanstalt II. Schon vor einem Jahre hat die Leitung der Gaswerke den Antrag auf Erweiterung der Ofenanlage gestellt, doch konnte die Gasdeputation sich damals nicht auf die durch den Krieg geschaffene Lage zu einer so großen Ausgabe nicht entschließen; jetzt aber darf der Bau der Ofenanlage nicht länger zurückgestellt werden, zumal das Gaswerk schon jetzt ohne Ofenreserve arbeitet, während erfahrungsgemäß eine solche von 15 bis 20 Proz. vorhanden sein soll. Allerdings soll nach einer Verfügung des Oberkommandos im Interesse der Kohlenersparnis die Beleuchtung eingeschränkt werden. Hierfür kommt aber in erster Linie die elektrische Beleuchtung in Frage, eine Einschränkung der Gasverzeugung würde vor allem zu einer Einschränkung des Kochens mit Gas führen und im Verfolg davon eher zu vermehrtem Kohlenverbrauch. Auch wird die neue Anlage erst in neun Monaten in Betrieb genommen werden können, was hoffentlich schon wieder wenn auch nicht normale, so doch friedliche Zustände eingetreten sein werden. Der Referent Stadtd. Duna (lib.) empfahl aus allen diesen Gründen, trotz des hohen Betrages die Annahme der Vorlage ohne Ausschussberatung, die auch ohne weitere Debatte erfolgte. — Zur Erörterung kam dann noch ein von allen Parteien eingehender dringlicher Antrag: „Der Magistrat wird ersucht, eine Vorlage betreffs Erhöhung der Teuerungszulagen der Stadtverordnetenversammlung so zeitig vorzulegen, daß die Empfänger sie noch vor Weihnachten erhalten können.“ Oberbürgermeister Dr. Scholz erklärte, daß der Magistrat mit der Angelegenheit sich bereits beschäftigt habe; eine Vorlage habe er nur deshalb noch nicht gebracht, weil er die Beschlässe des Abgeordnetenhauses und eine Besprechung mit den Vertretern der Nachbargemeinden abwarten wollte. Die zu erwartende Vorlage des Magistrats schon jetzt einem Ausschuss zu überweisen, sei im Interesse des zu erreichenden Zweckes ein durchaus glücklicher Gedanke. Der Antrag wurde einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Schöneberg. In der Stadtverordneten-sitzung fragte Genosse Küller an, wieviel Schweine auf dem städtischen Rieselgut bei Deutsch-Busterhausen gemästet würden und wann der erste Abtransport nach hier vor sich gehe. Stadtrat Jacobs teilte mit, daß die Mästung sehr gut von statten geht und auch mehrere Zuchtschweine angekauft wurden, so daß an hundert Schweine vorhanden seien. An eine Einfuhr ist vorläufig nicht zu denken.

Der Haus- und Grundbesitzerverein hatte um Aufhebung des Mietnachlasses an Frauen von Kriegsteilnehmern petitioniert. Der Magistrat erklärte, eine Uebernahme des von den Hausbesitzern zu tragenden Teils des Mietnachlasses würde für die Stadt eine monatliche Mehrbelastung von 45 000 bis 55 000 M. ergeben. Der Hausbesitz habe, je länger der Krieg dauert, schwerer zu leiden. Es sei leider nicht möglich, einen individuellen Nachlass anzulegen. Um ein Entgegenkommen zu zeigen, solle der Mietnachlass, soweit es sich um Kriegsfamilien oder Sinterbliebene von Kriegsteilnehmern handelt, ab 1. Januar auf 10 Proz. herabgesetzt werden. Das Mieteinigungsamt kann die Mietunterstützung entziehen oder abnehmen, wenn ein höherer Mietzins verlangt wird als vor dem 1. August 1914 für die betreffenden Räume zu zahlen war, ferner, wenn der Vermieter sich ohne triftige Gründe weigert, Kriegsfamilien in leerstehende Wohnungen aufzunehmen.

Stadtd. Friedrich (Fr. Fr.) wünscht, daß der Mietnachlass überhaupt wegfallen, denn der Magistrat habe die Obdachpflicht. Der Hausbesitzer muß auch für seine vollen Zinsen aufkommen, und es muß ihm überlassen bleiben, wen er als Mieter aufnehmen will. Auch der Hausbesitzer ist Geschäftsmann. — Genosse Küter erklärte, daß den Kriegsfamilien und -weibern in jeder Hinsicht genügend Schutz gewährt werden müsse. So mancher Hausbesitzer gehe Kriegsfamilien gegenüber rücksichtslos vor. Den Hausbesitzern sei infolgedessen entgegengekommen worden, als der von der Allgemeinheit zu tragende Mietnachlass den 25 auf 15 Proz. und nunmehr 10 Proz. herabgesetzt wurde. Es muß auf diejenigen Hausbesitzer ein Druck ausgeübt werden, die den Kriegsfamilien leerstehende Wohnungen verweigern. — Stadtsyndikus Dr. Lohmeyer lehnte die Ausführungen des Stadtverordneten Friedrich ab. — Genosse Hoffmann führte aus, daß die Hauswirte in guten Zeiten keinen Pfennig zubielen an die Stadt abgeführt haben. Und jetzt, wo sie etwas nachlassen sollen, steigt sie sich auf. So mancher Kriegsfamilie habe vergebens geweint und gekammert, als sie die Wohnung räumen mußte. — Die Vorlage wurde hierauf einem Ausschuss überwiesen, dem die Genossen Engelhardt, Wäumlert und Rottländer angehören.

Soziales.

Weihnachtsgratifikationen.

Mit dem vor der Tür stehenden Weihnachtsfeste ist die Frage wieder aktuell geworden: Besteht ein Rechtsanspruch auf die Weihnachtsgratifikation? Sobald sie vereinbart oder vom Prinzipal zugesagt ist, ist daran kein Zweifel. Wie aber, wenn sie aus freien Stücken gewährt wurde? Die ordentlichen Gerichte geben im wesentlichen von der Auffassung aus, daß, wenn der Prinzipal die Gratifikation aus freien Stücken ohne vertragliche Verpflichtung gewährt, dem Angestellten selbst dann kein Anspruch auf die Gratifikation zustehe, wenn sie tatsächlich längere Zeit hindurch gezahlt worden sei. Dadurch werde der Charakter der Freigebigkeit, der dieser Gratifikation anhafte, nicht beseitigt. Es sollten nicht etwa besondere Leistungen mit der Gratifikation abgegolten werden, sondern nur sein Ausdauern im Betriebe belohnt werden. Nur wenn das feste Gehalt so gering sei, daß es nicht ausreichte, ein der Berufsstellung und dem Lebensalter entsprechendes Leben zu führen und für diese Lebenshaltung auf die Gratifikation gerechnet werden müsse, müsse die Gratifikation als ein Anteil des Gehalts angesehen werden, auf den ein Rechtsanspruch bestehe. Auch das Reichsgericht steht im allgemeinen auf diesem Standpunkt, doch hat es in einer neueren Entscheidung — Aktenzeichen: III 154/13 — ausgesprochen, daß in Ermangelung besonderer gesetzlicher Bestimmungen die Voraussetzungen für die Entstehung des Anspruches auf die Weihnachtsgratifikation dem einzelnen Dienstvertrag und dessen ergänzender richterlicher Festsetzung gemäß des Grundgesetzes von Treu und Glauben unter Berücksichtigung der Verkehrs-sitte zu entnehmen seien. Nach der Auffassung des Reichsgerichts seien die Weihnachtsgratifikationen keine reinen Freigebigkeiten der Dienstberechtigten, deren Gewährung ihnen anbelegestellt wäre, sie stellten vielmehr eine besondere Vergütung neben dem Gehalt dar, deren Zweck es sei, den Angestellten für das Ausdauern im Dienste zu belohnen und ihn zur Fortsetzung der Dienste anzuspornen. Deshalb sei auch regelmäßig die Entstehung des Anspruches davon abhängig, daß der Angestellte bis Weihnachten im Betriebe verbleibe.

Weiter geht die Rechtsprechung der Kaufmannsgerichte, die jedoch auch nicht ganz einheitlich ist. Diese Gerichte — darunter auch das Kaufmannsgericht Berlin — stellen sich auf den Standpunkt, daß bei der Gratifikation keine Schenkung vorliege, welche der Arbeitgeber seinen Angestellten regelmäßig gewähre. Es fehle das Einverständnis der Vertragsparteien, daß die Zuwendung unentgeltlich erfolge. Im allgemeinen liege es nicht im Willen der Angestellten, sich von dem Dienstberechtigten für geleistete Dienste regelmäßig beschenken zu lassen. So sehe auch ein großer Teil der selbständigen Kaufleute die Sachlage an. Zudem auch müsse zu einer Schenkung an die Angestellten ein besonderer Anlaß vorliegen, was man bei regelmäßigen Zuwendungen nicht sagen könne. Die Angestellten sehen in der Gratifikation eine Vergütung, auf die sie rechnen. Eine Vereinbarung, daß der Angestellte einen verbindlichen Anspruch deswegen verlieren soll, weil er in gebührender Stellung stehe, sei nichtig, denn darin liege einmal eine verbotene Beschränkung des Kündigungsrechtes der Angestellten, andererseits sei es eine auffällige Benachteiligung des Angestellten, wenn er eines so erheblichen Betrages wegen, wie sie im allgemeinen die Weihnachtsgratifikation darstelle, die Ausübung eines erlaubten Rechtes verlieren solle. Wenn ein Angestellter in der Vorlage seine Unterschrift unter Anstellungsbedingungen gebe, die die Gewährung der Weihnachtsgratifikation ganz ins Ermessen des Prinzipals stellen, gebe er sie in der Erwartung ab, daß der Fall der Nichtgewährung der Gratifikation nicht eintreten werde. Eine solche in der Vorlage abgegebene Willenserklärung sei daher nicht rechtsverbindlich.

In neuerer Zeit liegen nun eine Reihe von Entscheidungen vor, die solche Fälle betreffen, in denen vor Fälligkeit der Gratifikation ein Ausscheiden aus dem Dienst erfolgt ist.

Am 24. Januar d. J. hat das Landgericht II Berlin — Aktenzeichen 29. S. V. 15. — auf den Standpunkt gestellt, daß ein nach fast 15jähriger Beschäftigung am 1. Oktober geschiedener Auskrit aus dem Dienstverhältnis keinen Anspruch auf die Gratifikation begründe. Das Kaufmannsgericht hatte einen solchen Anspruch angenommen. Dadurch, daß die Gratifikation Jahre hindurch vom Prinzipal gewährt worden sei, sei der Anspruch begründet. Das Landgericht hat anders entschieden. Durch die alljährliche Bewilligung der Weihnachtsgratifikation habe der Prinzipal seine Verpflichtung für die Zukunft übernommen. Andererseits hat aber auch das Landgericht ausgesprochen, daß, wenn ein rechtlicher Anspruch auf die Gratifikation gegeben gewesen sei, grundsätzlich auch das Recht bestehe, den der Beschäftigung im letzten Jahre entsprechenden Teil der Gratifikation zu fordern. Nur wenn der Dienstverpflichtete durch sein Verhalten zur Auflösung des Dienstverhältnisses Anlaß gegeben habe, sei es nicht der Fall.

In der Novembernummer der „Blätter für Rechtspflege“ im Bezirk des Kammergerichts wird jetzt ein ähnlicher Fall mitgeteilt, der vom Kammergericht am 25. September 1916 entschieden wurde. Nach 23jähriger Dienstzeit war ein Kaufmannsgehilfe gestorben und seine Erben forderten den auf die Zeit der noch im Jahre geleisteten Dienste entfallenden Anteil der die ganzen Jahre hindurch gewährten Gratifikation. Selbst bei der Annahme, daß ein klares Recht auf die Gratifikation bestanden habe, könne im vorliegenden Falle kein Anspruch anerkannt werden. Davon könne nur dann die Rede sein, wenn der kaufmännische Angestellte zur Zeit der Verteilung oder wenigstens allgemeinen Bewilligung der Gratifikation noch im Dienste sei. Dem Willen der Vertragsschließenden entspreche es, daß die Gratifikation nur dann zu gewähren sei, wenn er bis zu Weihnachten beziehungsweise Neujahr, der üblichen Zeit der Bewilligung

und Verteilung der Gratifikation, die Dienste auch geleistet habe und dadurch den Prinzipal der Notwendigkeit eines Personalwechsels im Laufe des Jahres überhöhen habe. In diesem Sinne gäbe es also keinen Anspruch auf teilweise Gratifikation, sondern nur einen Anspruch auf unteilbare Gratifikation, der davon abhängig sei, daß der Angestellte sich zur Zeit der Verteilung noch im Dienste befinde.

Diese Entscheidung ist also den Angestellten überaus ungünstig. Mit ihr ist noch nicht die Frage entschieden, ob nicht unter Umständen ein Schadenersatzanspruch, der dem Betrage der Gratifikation gleichkommt, gegeben ist, wenn das Ausschreiben aus den Diensten auf Verlangen des Arbeitgebers zurückzuführen ist. Wir meinen sie bejahen zu müssen. Im vorliegenden Fall kam sie allerdings nicht in Betracht.

Berichtszeitung.

3600 Anzeigen wegen Kriegswunders mit Stiefelsohlen.

In der schlimmsten Weise hatte der Kaufmann Leopold Du... die Kriegswunder getrieben und das Publikum mit seinem Fabrikat „Schuhsohlen-Ersatz“ geschädigt, das gestern der Begutachtung durch das Schöffengericht Berlin-Mitte unterlag. Der Angeklagte hatte in zahlreichen Anzeigen „wasserdichte und haltbare Schuhsohlen, das Paar nur 1,25 M., die ganze Platte ausreichend für 5 Paar Stiefel, nur 5 M.“ dem Publikum angeboten. Bestellungen liefen in großen Mengen ein. Sämtliche Besteller aber, die nicht gerade Flüssigkeit für den Hausgebrauch damit versehen hatten, erlebten bei diesen Sohlen ihr blaues Wunder. Schon eine Stunde, nachdem sie in frischbesetzten Stiefeln auf die Straße getreten waren, merkten sie, daß die Sohle zerbrach und immer mehr zerbröckelte, daß das Wasser in Strömen eindrang und sie so gut wie auf Strümpfen liefen. Bald liefen so zahlreiche Anzeigen ein, daß binnen kurzem ihre Zahl die erstaunliche Höhe von 3600 erreicht hatte. Der Angeklagte, ein geborener Russe, wurde schließlich in Schutzhaft genommen und die Beschlagnahme seiner Ware erfolgte. Die Verhandlung ergab, daß ihm eine Platte, die er mit 5 M. verkaufte, etwa auf 1 M. zu stehen kam. Das bedeutete einen Gewinnaufschlag von 400 Proz., während nur 20 Proz.

gestattet sind. Da sein Gewinn sich im ganzen auf etwa 5500 M. in wenigen Monaten belaufen hat, beantragte der Staatsanwalt 10 000 Geldstrafe und ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf 10 Monate Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, da der Angeklagte in der kraßesten Weise Wucher getrieben, direkt eine allgemeine Verunreinigung hervorgerufen und gerade die Kleinsten Leute auf das schmachlichste getäuscht habe.

15 Jahre Zuchthaus für einen Paletotmarder.

Ein gemeingefährlicher Paletotmarder, der fast sein ganzes Leben hinter Zuchthausmauern verbracht hat, stand gestern in der Person des Kürschners Karl Winterfeld vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist ein unverbeßerlicher Dieb, der stets, sobald er für kurze Zeit sich in Freiheit befindet, in gleicher Weise auf Paletotdiebstähle ausgeht. Der Schauplatz seiner dadurch zuweilen sehr lohnenden Tätigkeit sind stets bessere und feine Weinrestaurants sowie Kaffees, insbesondere in der Leipziger Straße und am Kurfürstendamm. Jetzt standen wieder sechs Fälle gegen ihn zur Anklage. Für gemächlich wurden die Sachen von ihm unter dem Namen West verfertigt, unter welchem Namen er zeitweilig in einem Kopsig in der Auguststraße gewohnt hatte. Das wurde ihm zum Verdräse, ebenso wie in anderen Fällen die bei ihm vorgefundene Visitenkarte der Bestohlenen. Trotzdem leugnete der Angeklagte, der Täter zu sein. Der Staatsanwalt hielt ihn jedoch für vollkommen überführt und beantragte für jeden Fall vier Jahre Zuchthaus, also im ganzen 24 Jahre, die er auf 15 Jahre Zuchthaus als Höchstmaß zurückzuführen beantragte. Das Gericht erkannte auf 11 Jahre Zuchthaus zusätzlich zu einer gegenwärtig von dem Angeklagten zu verbüßenden Zuchthausstrafe von vier Jahren, so daß er im ganzen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Aus aller Welt.

Weitere Getreidehändler verhaftet. In der bekannten Wosener Getreidehändlerangelegenheit ist nunmehr auch Graf Melzgnitz auf Schloß Jwno in der Provinz Posen verhaftet worden. Die Ver-

haftung erfolgte in Graudenz. Vor mehreren Tagen hatte auf Schloß Jwno eine Hausdurchsuchung stattgefunden, die sehr belastendes Material ergab. Verhaftet ist auch der Kaufmann Jülsiewicz in Wosna, der ebenfalls stark bei den Getreidehändlungen beteiligt war.

Explosion einer englischen Staatsfabrik. Amlich wird gemeldet: Bei einer Explosion in einer staatlichen Fabrik in Nord-England wurden 26 Arbeiterinnen getötet und 30 verletzt. Der Schaden in der Fabrik ist nur leicht. Der Betrieb wird aufrechterhalten. Die Wirkung des Unglücks auf die Munitionserzeugung ist geringfügig.

Spanischer Dampfer in Seenot. „Welt Journal“ meldet aus Cadix, der spanische Dampfer „Pio IX.“ habe funktentelegraphisch Hilfe verlangt. Der Grund sei jedoch unbekannt.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Schöneberg. Freitag: Vortrag im Wilmersdorfer Jugendheim. Rammsteinstr. 51. Anfang 8 Uhr. — Samstag: Fahrt nach Zehlendorf-Magnon. Treffpunkt 8 Uhr, Kaiser-Wilhelmplatz. Abgang 10 Uhr. Abends: Spielabend bei Fentel, Reiminger Straße 8. — Dienstag 8 Uhr: Mädchen-Abend bei Frau Dr. Roeder, Tempelhofer Str. 21. — Mittwoch 8 Uhr: Abonnement-Veranstaltung.

Neutalun-Orth. Sonntag, 10. Dezember, 1/2 Uhr: Spaziergang Sudow-Aubow. Treffpunkt Bobbin, Ecke Mainzer Straße. — Mittwoch, 13. Dezember, 8 Uhr: Turnabend Donaustage. Abonnement der „Arbeiterjugend“ haben Vorkaufrecht. — Voraussage! Mittwoch, 20. Dezember, 8 Uhr, Donaustage 104: Vortrag über „Jugend und Alkohol“.

Märkische Spiel-Vereinigung. Sonntag, 10. Dezember: Außenwalde II — Außenwalde I. Wilmersdorf I — Zehn-Obersee in Wilmersdorf. Kildershof — Außenwalde III in Wilmersdorf. Weiten I — Weiten II in Velten. Neuenhagen — Wilmersdorf II in Neuenhagen. — Resultate und sämtliche Zuchtschriften sind von jetzt ab zu adressieren an Ed. Jurhan, Berlin N 113, Carmen-Platzstr. 129.

Humanistische Gemeinde Berlin (G. B.). Sonntag, 10. Dezember, abends 8 Uhr, in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Niedermühlstr. 12: Vortrag des Herrn Dr. Rud. Benzig über: „Deutscher Friede oder Menschheitsfriede?“ Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
Deutscher Zyklus.
7 1/2 Uhr: **Kabale und Liebe.**
Sonnabend: **Soldaten.**
Sonntag 3 Uhr: **Der Silberpelz.**
Kammerspiele.
8 Uhr: **Gespensersonate.**
Sonnabend: **Gespensersonate.**
Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr (kl. Pr.):
Welterleuchten.

Volkshöhle. Theater z. Blöwpl.
8 1/2 Uhr: **Rose Bernd.**
Sonnabend: **Ein Sommernachtstraum.**
Nachm. 3 Uhr (kl. Preise): **Mina von Barnhelm.**
Der Reinertrag der Vorstellung ist zur Beschaffung von Weihnachtsgaben für das aktive 2. Gardereg. zu Fuß bestimmt.

Theater I. d. Königgrätzerstr.
8 Uhr: **Paul Lange und Tora Parsberg.**

Komödienhaus
8 Uhr: **Der 7. Tag.**
Berliner Theater
8 Uhr: **Auf Flügeln des Gesanges.**

Theater für Freitag, den 8. Dezember.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
8 Uhr: **Rigolotto.**

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Zum **800. Male:**

8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus,**
Kleines Theater.

8 Uhr: **Am Teetisch.**

Gebr. Herrfeld-Theater
8 1/2 U.: **Der doppelte Buchhalter.**
Posse mit Gesang und Tanz.

Komische Oper.
6 1/2 Uhr: **Der Puzza-Kavaller.**
Sonntag 4 Uhr: **Der Hüftenbesitzer.**

Lustspielhaus.
6 1/2 U.: **Der selige Balduin**
Sonnab. 8 1/2 U.: **D. Widerspenst. Zihm.**

Metropol-Theater
8 Uhr: **Die Csardasfürstin.**
Sonntag 8 Uhr: **Die Kaiserin.**

Neues Operettenhaus
Kassentelephon: Norden 281.
8 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Reichshallen-Theater.
Steffner Sänger.
Zum **Friedensglocken.**
Zeitbild von Meyso. Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: (Ermäß. Preise)
Weihnachtsabend i. Schützengraben

Admiralspalast.
Das herrliche Eisballett
Fran Fantasie.
Anf. 8 1/2 Uhr. 2, 3, 4 H.

Lessing-Theater.

Direktion: Victor Barnowsky.
8 Uhr: **Die beiden Klingsberg.**
Sonnab., Sonntag: **Julius Caesar.**

Deutsch-Künstler-Theater.

Kurfürstend., E. Nürnberger Str.
Allabendlich 8 Uhr: **Moral.**
Komödie von Ludwig Thoma.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Skagerrak.
Unsere Hochseeflotte im Weltkrieg.

Voigt-Theater.

Sadstr. 55. Täglich:
Die Tochter des Herrn Fabricius.
Kasseneröffnung 8 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Sonnab. 3 Uhr: **Der Löwe des Tages.**
Ab Montag: **Wenn die Siegesglocken läuten.**

Residenz-Theater

8 1/2 Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**

Schiller-Theater O.

8 Uhr: **Seine einzige Frau.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
4 Uhr: **Schneewittchen.**
8 Uhr: **Novella d'Andrea.**
Z. 1. M.

Thalia-Theater.

8 Uhr: **Das Vagabundenmädcl.**

Theater am Nollendorfpf.
8 1/2 Uhr: **Der Kaufmann von Venedig.**
8 1/2 Uhr: **Blaue Jungens.**

Theater des Westens
8 1/2 Uhr: **Die Karisschüler.**

8 Uhr: **Die Fahrt ins Glück**
mit Guido Thielscher.

Trianon-Theater.
8 1/2 U.: **..... als Gast.**

Rose-Theater
8 1/2 U.: **Das Glücksmädcl.**

Walhalla-Theater
8 Uhr: **Die Dollarprinzessin.**

Casino-Theater.

Lothringer Str. 37. Täglich 8 1/2 Uhr
Einzig in seiner Art!
Die Schlager-Bölle dieser Spielzeit
Zwei helle Berliner
Berliner Figuren! Berliner Humor!
Vorher erstklassige Spezialitäten.
Sonntag 4 Uhr: **Valerius Wunderkur.**

Palast

Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 8 1/2 u. 8 Uhr.
Sensations-Gastspiel
Mabel May Yong
und das große, neue
Dezember-Programm.

Circus Busch

Freitag, 8. Dezember, 8 Uhr:
Gr. Wohltätigkeits-Vorstellung
zugunsten d. i. Felde stehenden
II. Garde-Regiments z. F.

II. a. **Alfred Ott** als Gast
auf seinem Vollblüter „Bucharel“,
d. beste Schulpferder d. Gegenwart.
Max u. Moritz, d. Hg. Händ. Rittst. 3
Gefchw. Schent, Ugentr.-Ktrob.
AFRA, das große Geheimnis,
9 1/2 Die Geierprinzessin. 9 1/2
Märch.-Prunt-Bantomime i. 5 Akt.
Sonnab. u. Sonnt. nachm. 3 1/2 U.
„Beim Weihnachtsmann“
Gr. Weihnachtsmärchen in 3-Akt.

Possen-Theater.

Zum 1. Male:
Des Löwen Erwachen
Ent oder weder
Hoffmann's Schmuß.

Berliner Konzerthaus.

Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Weihnachtsliebesgaben-Konzert**
für die im Felde stehenden Eisen-
bahntrouppen. Mitwirkende: Herr Kgl. Hofoper-
sänger J. Bischoff. Herr u. Fr. Taubert, Xylophon-Duett-Solisten.
Fr. Grete Blaha, Opernsängerin vom Deutsch. Opernh. Charlottenb.
Kapelle des Ersatzbataill. Eisenbahn-Reg. Nr. 1. Leitung: Kgl. Musik-
meister Robert Kapitala.
Berl. Konzerthaus-Orchester. Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 M., reserv. Pl. 2 M. Alle Vergünst. aufgeh.

Gewerkschaftshaus.

Am Sonnabend veranstaltet der Turnverein „Fichte“ einen
Unterhaltungs-Abend
zum Besten der im Felde stehenden Turngenossen
„Konrad- und Salzer-Abend“.
1. Teil: Magisches Märchen.
2. Teil: Der telepathische Phänomene.

Sonntag, den 10. Dezember 1916, veranstaltet der Deutsche
Arbeiter-Wanderbund eine
Lichtbilder-Vorführung
aus meinem Fahrtenbuch. Stimmungen und Erleben aus märkischem
Lande. 100 farbige Bilder von Georg Krämer.
Unter anderem Gesang von G. Kühn, Gitarre von G. Vorpaß.

Abends: 100 Bettentent mit Roskoll & Portion 3,00 M.
Ein 200 Pfund schweres Wildschwein à Portion 2,50 M.

Sonntag mittag:
Hühnersuppe 0,25 | Etegerliche Butte 2,50
Becht. grün 2,00 | Rinderbraten 2,50
Grünlobl mit Käsefleisch 2,00 | Kompott oder Salat 0,25
Leberknödel mit Kraut 1,50 | Speise 0,20

Heute u. morgen: Ein sehr billiger Schnellverkauf!
Ein großer Vollen Fettgänse das Stück 5,00-6,00
Fettentent 4,00-4,50
Ein gr. Vollen Holländische Fettgänse 3,50-4,00

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel
noch zu billigen Preisen.
154 Musterräume.
Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierter Katalog Nr. 13 gratis und franko!
Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Klempner
Ernst Günther
am 5. Dezember an Herz-Kreislä-
hmung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 8. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes in Wilmers-
dorf aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.
Die Abfahrt erfolgt 2 1/2 Uhr vom
Schlesischen Bahnhof, Briesener
Bahnhof.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Hausdiener
Wilhelm Reh
am 6. Dezember im Alter von
51 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 11. Dezember, nach-
mittags 9 Uhr, von der Leichen-
halle des Danke-Friedhofes, Hei-
nrichsdorf, Blankenburger Str., aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Lagerarbeiter
Ernst Damm
von der Firma Borchers u. Hürge,
Grenzwalder Straße, am 5. De-
zember im Alter von 68 Jahren
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 9. Dezember,
vormittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirch-
hofes in Weihensee, Falkenberger
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
70/3 Die Bezirksverwaltung.

Danksgiving.

Für die künige Teilnahme beim
Heimgange meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters 140H

Fritz Ebert

sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten, insbesondere Herrn Wansse,
dem Vorstand der Allg. Ortskrank-
enkasse zu Weihensee und allen Ver-
bänden unseren herzlichsten Dank.
Witwe Ebert und Kinder.

Statt Karten.

Für die aus Anlaß der Beisetzung
unserer lieben Tochter
Anna Müller
betrieene rege Anteilnahme sagen
wir allen Angehörigen unseren herz-
lichsten Dank.
Berlin, Rühlstr. 42.
15955 Familie E. Müller.

Central-Haus Jägerstr. 13 I.

Conc. Leihhaus.

A LASKA FÜCHE

Blau-, Silber-, Rot- u. Kreuzfuchs-
garnituren, sowie sämtl. anderen
Pelzarten in entzückenden Aus-
führungen in meiner Werkstatt
Köln. Fischmarkt I II,
zwiseh. Breitenstraße u. Stadt,
Sparkasse (Boer). — NB. Pilsch-
sachen, Kanin und Hasen führe
ich nicht.

Pelz-

Kragen, Muffen, Mäntel
i. Fuchs, Nerz, Iltis, Seabism
zu besond. billigen Preisen.

Pelzwaren-Fabrik

Leipziger Str. 58
(nahe Spittelmarkt),
Kein Lad. i. Trepp.
Sonntag v. 12-2 geöffn.

In Freien Stunden.

Romane und Erzählungen für
das arbeitende Volk. Pro Heft
15 Pf. Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Berliner Konzerthaus.

Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Weihnachtsliebesgaben-Konzert**
für die im Felde stehenden Eisen-
bahntrouppen. Mitwirkende: Herr Kgl. Hofoper-
sänger J. Bischoff. Herr u. Fr. Taubert, Xylophon-Duett-Solisten.
Fr. Grete Blaha, Opernsängerin vom Deutsch. Opernh. Charlottenb.
Kapelle des Ersatzbataill. Eisenbahn-Reg. Nr. 1. Leitung: Kgl. Musik-
meister Robert Kapitala.
Berl. Konzerthaus-Orchester. Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 M., reserv. Pl. 2 M. Alle Vergünst. aufgeh.

Gewerkschaftshaus.

Am Sonnabend veranstaltet der Turnverein „Fichte“ einen
Unterhaltungs-Abend
zum Besten der im Felde stehenden Turngenossen
„Konrad- und Salzer-Abend“.
1. Teil: Magisches Märchen.
2. Teil: Der telepathische Phänomene.

Sonntag, den 10. Dezember 1916, veranstaltet der Deutsche
Arbeiter-Wanderbund eine
Lichtbilder-Vorführung
aus meinem Fahrtenbuch. Stimmungen und Erleben aus märkischem
Lande. 100 farbige Bilder von Georg Krämer.
Unter anderem Gesang von G. Kühn, Gitarre von G. Vorpaß.

Abends: 100 Bettentent mit Roskoll & Portion 3,00 M.
Ein 200 Pfund schweres Wildschwein à Portion 2,50 M.

Sonntag mittag:
Hühnersuppe 0,25 | Etegerliche Butte 2,50
Becht. grün 2,00 | Rinderbraten 2,50
Grünlobl mit Käsefleisch 2,00 | Kompott oder Salat 0,25
Leberknödel mit Kraut 1,50 | Speise 0,20

Heute u. morgen: Ein sehr billiger Schnellverkauf!
Ein großer Vollen Fettgänse das Stück 5,00-6,00
Fettentent 4,00-4,50
Ein gr. Vollen Holländische Fettgänse 3,50-4,00

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel
noch zu billigen Preisen.
154 Musterräume.
Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierter Katalog Nr. 13 gratis und franko!
Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Klempner
Ernst Günther
am 5. Dezember an Herz-Kreislä-
hmung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 8. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes in Wilmers-
dorf aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.
Die Abfahrt erfolgt 2 1/2 Uhr vom
Schlesischen Bahnhof, Briesener
Bahnhof.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Hausdiener
Wilhelm Reh
am 6. Dezember im Alter von
51 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 11. Dezember, nach-
mittags 9 Uhr, von der Leichen-
halle des Danke-Friedhofes, Hei-
nrichsdorf, Blankenburger Str., aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Lagerarbeiter
Ernst Damm
von der Firma Borchers u. Hürge,
Grenzwalder Straße, am 5. De-
zember im Alter von 68 Jahren
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 9. Dezember,
vormittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirch-
hofes in Weihensee, Falkenberger
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
70/3 Die Bezirksverwaltung.

Danksgiving.

Für die künige Teilnahme beim
Heimgange meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters 140H

Fritz Ebert

sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten, insbesondere Herrn Wansse,
dem Vorstand der Allg. Ortskrank-
enkasse zu Weihensee und allen Ver-
bänden unseren herzlichsten Dank.
Witwe Ebert und Kinder.

Statt Karten.

Für die aus Anlaß der Beisetzung
unserer lieben Tochter
Anna Müller
betrieene rege Anteilnahme sagen
wir allen Angehörigen unseren herz-
lichsten Dank.
Berlin, Rühlstr. 42.
15955 Familie E. Müller.

Central-Haus Jägerstr. 13 I.

Conc. Leihhaus.

Verein der Freidenker

für Feuer-
bestattung
zu Berlin.
Am 4. Dezember verstarb unser
Mitglied, Herr
Erich Bollwahn
Göbenstr. 7
im 53. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet heute
vormittags 10 Uhr im Kremato-
rium am Treptow-Baumgarten-
weg statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Hausdiener
Wilhelm Reh
am 6. Dezember im Alter von
51 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 11. Dezember, nach-
mittags 9 Uhr, von der Leichen-
halle des Danke-Friedhofes, Hei-
nrichsdorf, Blankenburger Str., aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Lagerarbeiter
Ernst Damm
von der Firma Borchers u. Hürge,
Grenzwalder Straße, am 5. De-
zember im Alter von 68 Jahren
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 9. Dezember,
vormittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirch-
hofes in Weihensee, Falkenberger
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
70/3 Die Bezirksverwaltung.

Danksgiving.

Für die künige Teilnahme beim
Heimgange meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters 140H

Fritz Ebert

sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten, insbesondere Herrn Wansse,
dem Vorstand der Allg. Ortskrank-
enkasse zu Weihensee und allen Ver-
bänden unseren herzlichsten Dank.
Witwe Ebert und Kinder.

Statt Karten.

Für die aus Anlaß der Beisetzung
unserer lieben Tochter
Anna Müller
betrieene rege Anteilnahme sagen
wir allen Angehörigen unseren herz-
lichsten Dank.
Berlin, Rühlstr. 42.
15955 Familie E. Müller.

Central-Haus Jägerstr. 13 I.

Conc. Leihhaus.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Klempner
Ernst Günther
am 5. Dezember an Herz-Kreislä-
hmung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 8. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes in Wilmers-
dorf aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.
Die Abfahrt erfolgt 2 1/2 Uhr vom
Schlesischen Bahnhof, Briesener
Bahnhof.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Hausdiener
Wilhelm Reh
am 6. Dezember im Alter von
51 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 11. Dezember, nach-
mittags 9 Uhr, von der Leichen-
halle des Danke-Friedhofes, Hei-
nrichsdorf, Blankenburger Str., aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Lagerarbeiter
Ernst Damm
von der Firma Borchers u. Hürge,
Grenzwalder Straße, am 5. De-
zember im Alter von 68 Jahren
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 9. Dezember,
vormittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirch-
hofes in Weihensee, Falkenberger
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
70/3 Die Bezirksverwaltung.

Danksgiving.

Für die künige Teilnahme beim
Heimgange meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters 140H